



**ANGSTFREI AUS
DER KRISE**

EDITORIAL

Lieber Leser, liebe Leserin,

Es hat nicht die Teuerung gebraucht, um eine Inflation zu bringen. Denn schon vor 2022 wurden politisch und medial viele Sorgen groß und größer gemacht. Die viel zitierte Polykrise, nach Covid-Pandemie, Korruptionsskandalen, Klimawandel, russischem Angriffskrieg und explodierenden Energiepreisen, fordert und überfordert. Das gilt für Bürger:innen und Politik gleichermaßen.

Der Freiheitsindex 2022 zeigte auf, dass die Menschen immer unzufriedener mit der Regierungsarbeit sind und sich vom politischen System zunehmend abwenden. **Dieser Policy Brief** von Silvia Nadjivan und mir **zeigt 10 Handlungsfelder auf**, die besser heute als morgen bewirtschaftet werden sollten, um diesen Prozess umzukehren. Denn nur wenn die Antwort auf das Übermaß an Sorgen Reformen und Lösungen sind, steigern sich die Sorgen nicht mehr in Angst – und weichen der Zuversicht.

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht

Lukas Sustala

DIE ZENTRALEN AUSSAGEN

- **Trotz Entschärfung der Pandemie-Lage stagnieren das Freiheitsgefühl und das psychische Wohlbefinden der Bevölkerung auf einem Tiefpunkt.**
- **2022 kam es wegen der Teuerung bei der Mittelschicht zu einer massiven Verschlechterung der finanziellen Lage.**
- **Korruption und Vertrauensverlust in die Politik dämpfen das Freiheitsgefühl.**
- **Um das Freiheitsgefühl zu stärken und die Sorgen zu nehmen, muss die Politik viele Reformen angehen, die den Menschen mehr finanzielle und individuelle Spielräume lassen.**
- **10 Handlungsempfehlungen, von Steuer- über Sicherheitspolitik bis zu mehr Beteiligung und Investitionen in Bildung lassen sich ableiten, um angstfrei aus der Krise zu kommen.**

EINLEITUNG: ANGSTFREI SEIN BERUHT AUF VERTRAUEN

„Das Reden über Probleme schafft Probleme, das Reden über Lösungen schafft Lösungen.“
(Steve de Shazer 1985, zitiert nach Maren Urner)

Wir haben aktuell nicht nur eine finanzielle Inflation, sprich Entwertung des Geldes, sondern auch eine Inflation der Probleme. Kaum ein Tag vergeht, an dem Medien nicht über Verschlechterungen jeglicher Art berichten. Die Polykrise aus Pandemie, Inflation, Krieg in Europa und Energiekrise hat den Fokus noch stärker darauf gelegt. Dass die Neurowissenschaftlerin und Medienpsychologin Maren Urner das Einstiegszitat des Psychotherapeuten und Autors Steve de Shazer oft verwendet, kommt nicht von ungefähr. Ihr Aufruf, aus „der ewigen Dauerkrise“ auszusteigen und mit „dem täglichen Weltuntergang“ endlich Schluss zu machen, ist aktueller denn je. Denn konstruktive Lösungsansätze und Diskussionen gibt es mannigfaltig, und zwar mit Blick auf Länder wie Deutschland und die Schweiz, von wissenschaftlichen oder kommerziellen Lösungsansätzen bis hin zu neuen konstruktiven politischen und medialen Bewegungen.

Doch die aktuelle Situation in Österreich, die geprägt ist von Inflation, Teuerung, Ukraine-Krieg und Korruptionsskandalen, verbunden mit Existenzängsten und politischem Misstrauen, lässt aktuell wenig Hoffnung aufkommen. So überwiegen im jüngsten SORA-Demokratiemonitor von 2022 unter den Befragten eindeutig die Sorgen über die Teuerung (60 %), den Klimawandel (59 %), den Krieg (56 %), die Schere zwischen Arm und Reich (49 %),

Zuwanderung und Integration (41 %) und schließlich über die Pandemie (37 %). Dass Zukunftsängste aufkommen, was wiederum das individuelle Freiheitsgefühl als wesentliche Grundlage für liberale Demokratie einschränkt, verwundert daher nicht. Worum es jetzt geht, ist nicht nur „über den Tellerrand“ zu schauen bzw. „thinking out of the box“, sondern auch auf politischer Ebene durch entsprechende Maßnahmen Vertrauen zu schaffen. Schließlich bildet Vertrauen die Grundlage für ein angstfreies Leben.

VERTRAUEN ALS GEGENMITTEL ZUM GIFT DER KORRUPTION

„Vertrauen ist wie Luft zum Atmen. Solange alles in Ordnung ist, bemerken wir sie gar nicht. [...] Erst wenn Schwierigkeiten auftreten, fällt auf, was sonst unbemerkt bleibt. [...] So ist es mit Vertrauen, wenn es intakt ist, wenn es ‚gesund‘ ist. Wir leben in ihm, wir zehren von ihm, wir brauchen es, wir atmen es gleichsam ein und aus – erst wenn Schwierigkeiten auftreten, wenn es weg ist oder zerstört wird, fällt es uns auf [...].“ (Hartmann 2020, 11)

Vertrauen gilt als Bindeglied zwischen Individuum und Gesellschaft. Wir Menschen sind als soziale Wesen grundsätzlich zu Vertrauen, Engagement und Bindung bereit. Vertrauen braucht es gerade in einer arbeitsteiligen, diversen Gesellschaft als „Mechanismus zur Reduktion sozialer Komplexität“ (1973). Denn so schafft Vertrauen Freiheit für das individuelle Handeln und eröffnet Perspektiven, die das eigene Handeln in komplexen, unvorhersehbaren Situationen erleichtern.

Ohne Vertrauen wäre „Gesellschaft nicht möglich, weil die Schrittfolge des Alltags nicht in Gang käme“. (Bude 2010, 13, 14) Damit bildet Vertrauen eine „wechselseitige Fairnesserwartung“. Im Fall von „Zuwerhandeln“ bzw. Vertrauensbruch folgen Abkehr bis Sanktionen (Fischer/Huhnholz 2010, 28). Keine soziale Marktwirtschaft ohne Vertrauen. Kein friedvolles Miteinander ohne Vertrauen.

Vertrauen lässt sich somit nicht mit Geld erkaufen, sondern mit Verantwortung und Verlässlichkeit erhalten. Neben dem, nach Luhmann, persönlichen bzw. interpersonellen Vertrauen, das die Verlässlichkeit im zwischenmenschlichen

Sinn bezeichnet, braucht es aber auch Systemvertrauen, das auf der Stabilität von Geld, Rechtsstaatlichkeit und Politik beruht – und zwar unter Ausschluss von Machtmissbrauch und Korruption (Fischer/Huhnholz 2010, 23–25). Sobald das Vertrauen auf zwischenmenschlicher Ebene oder Systemebene gebrochen wird, leidet die Freiheit im eigenen Handeln und damit das individuelle Freiheitsgefühl.

Das zeigt auch der aktuelle Freiheitsindex, wonach ein hohes Misstrauen gegenüber Politik, ausgelöst durch die Korruptionsskandale der letzten Jahre und die Polykrise aus Pandemie und Krieg, mit einem niedrigen Freiheitsgefühl korreliert, noch dazu mit dem Gefühl, von politischen Entscheidungsträger:innen als Mensch zweiter Klasse behandelt zu werden. Hinzu kommen die drastische Verschlechterung der psychischen Gesundheit infolge der Pandemie und aktuell die hohen Energiepreise und dadurch mitverursachte Inflation sowie Kostenexplosion, die Menschen in einen inneren Lockdown treiben. Der seit 24. Februar 2022 wütende russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, mit all den drastischen Folgen für Europa, wirkt sich zudem negativ auf das Sicherheitsgefühl aus. All diese Sorgen und Ängste führen zu einer Verschlechterung des Freiheitsgefühls.

HERAUSFORDERUNGEN

Das NEOS Lab hat 2022 in Zusammenarbeit mit SORA zum fünften Mal den Freiheitsindex erhoben. Noch nie waren die Ergebnisse dermaßen desillusionierend. Denn trotz des Endes des akuten pandemiebedingten Krisenmodus stagniert das Freiheitsgefühl auf einem Tiefstand, leben wir doch in einer Zeit multipler Krisen, in der die Einschränkungen sowie damit verbundene Frustrationserlebnisse ineinandergreifen. So zeichnet sich in Zeiten der (Post-)Pandemie, des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, der Energieversorgungskrise und hohen Inflation ein besonders pessimistisches Bild ab, begleitet von einem tiefen Misstrauen gegenüber Politik – und das alles unter dem Eindruck der wachsenden Klimakrise.

Zur aktuellen Polykrise zählen nach wie vor die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die finanzielle Situation und psychische Gesundheit, die 2022 zum dritten Mal mit dem Freiheitsindex erhoben wurde. Dazu gekommen ist der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, der aus nächster Nähe die liberale Demokratie und das Sicherheitsgefüge in Europa massiv bedroht, ganz zu schweigen von direkten und indirekten Folgen des Krieges in der Ukraine und für die Menschen des Landes. Die gegen den Kriegstreiber Russland verhängten und notwendigen Sanktionen verschärfen als Nebeneffekt die Inflation und die Entflechtung von Wirtschaftsräumen, was gerade für Österreich Probleme nach sich zieht. Die Energieversorgungskrise ist im vergangenen Winter zwar glimpflicher verlaufen als befürchtet. Dennoch ist durch rasante Preisanstiege in vielen Bereichen, vor allem im Energiebereich, rund die Hälfte der Bevölkerung von einer Verschlechterung ihrer finanziellen Situation und damit ihrer Existenzgrundlage betroffen.

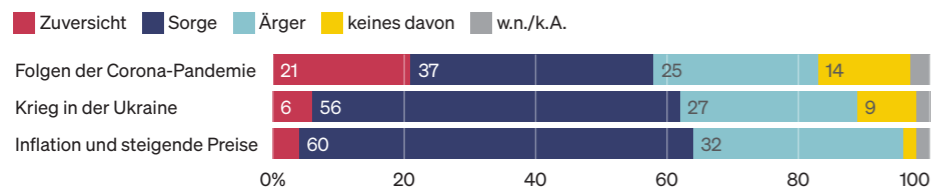
Am stärksten ist die Teuerung beim Bedarf des täglichen Lebens zu spüren: Fast drei Viertel der Befragten leiden unter den hohen Lebensmittel-, Energie- und Treibstoffpreisen. Und genau dieses Zusammenspiel multipler Krisen wirkt sich aktuell besonders negativ auf das individuelle Sicherheits- und Freiheitsempfinden aus. Zudem zeigt sich daran das interdependente Verhältnis zwischen Sicherheit und Freiheit, die sich gegenseitig bedingen und ohne einander nicht auskommen, und weiters die Grundvoraussetzung für Optimismus und Angstfreiheit bilden.

Das heißt, finanzielle, sozioökonomische, politische, rechtliche und militärische Sicherheit bildet den Rahmen für Freiheit sowie Freiheitsempfinden und folglich den individuellen – angstfreien – Aktionsradius. Bei der Frage, wie nun diese vielschichtige Sicherheit und damit eigene Freiheit erreicht werden soll, scheiden sich die Geister. Während sich eine knappe Mehrheit der Befragten für eine Aufrüstung des Bundesheers ausspricht, sind die gegen den Kriegstreiber Russland verhängten Sanktionen in Österreich nicht unumstritten. Menschen mit Matura und höherem Lebensstandard sprechen sich deutlicher für die Sanktionen aus als Menschen niedrigerer Einkommenschichten und ohne Matura. Die sicherheitspolitische Notwendigkeit von international abgestimmten Maßnahmen gegenüber dem Aggressor zum Schutz liberaler Demokratien in Europa scheint von individueller Existenzbedrohung überschattet zu sein. Geht man davon aus, dass die Matura mit höherem Einkommen korreliert, so sind Niedrigverdiener:innen, zumeist ohne Matura, von

der aktuellen Teuerung und Inflation besonders stark betroffen, wodurch sich ihr Verständnis für die nächsten Einschränkungen nach den Covid-19-bedingten Lockdowns erwartungsgemäß in Grenzen hält.

Somit dominiert laut dem Freiheitsindex 2022 unter den Befragten das Gefühl der Sorge angesichts der Folgen von Pandemie, Ukraine-Krieg und Inflation. Bei Corona sind es 37 Prozent, wohlgermerkt zu einem Zeitpunkt, als sich die gesundheitliche Lage insgesamt zu beruhigen begann – bevor noch im Dezember Corona als Endemie bezeichnet und im Februar 2023 das voraussichtliche Ende aller Pandemie-Maßnahmen für Juni 2023 verkündet wurde. Bezogen auf den Ukraine-Krieg machten sich – ca. acht Monate nach der russischen Invasion – 56 Prozent der Befragten Sorgen. Und die größten Sorgen bereiten den Menschen – nämlich zu 60 Prozent – die nach wie vor anhaltende Inflation und Teuerung, die sich für viele existenzbedrohend auswirken.

Freiheitsindex 2022: Die Sorgen überwiegen



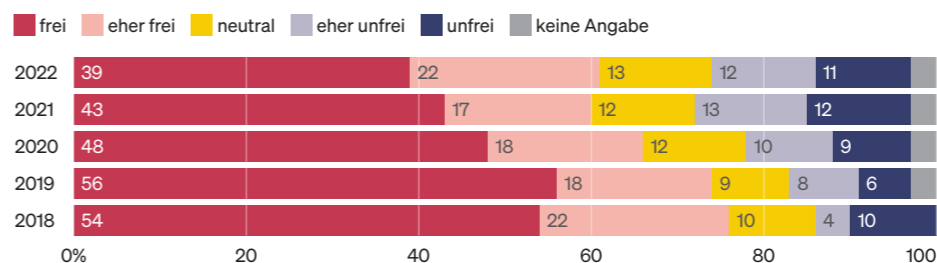
Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Welches Gefühl haben Sie am ehesten in Bezug auf folgende Themen in Österreich? Zuversicht, Sorge oder Ärger?“

Noch nie seit Beginn des jährlich erstellten Freiheitsindex war die Stimmung so pessimistisch. Nicht nur, dass das Leben insgesamt teurer geworden ist, auch geht die Mehrheit der Befragten, nämlich mehr als drei Viertel, nicht davon aus, sich rein aus eigenen Anstrengungen den Erwerb von Eigentum leisten zu können. 2021 ist das Freiheitsgefühl an einem Tiefpunkt angelangt, von dem es 2022 nicht hochgekommen ist. Die Korruptionsskandale der vergangenen Jahre und das damit einhergehende Misstrauen in die Politik haben außerdem zu einem Gefühl geführt, Mensch zweiter Klasse zu sein bzw. von politischen Entscheidungsträger:innen als solcher behandelt zu werden. Mit diesem Empfinden paart sich der Eindruck, dass sich in der Politik gut Situierte alles untereinander richten können, während man selbst benachteiligt ist bzw. quasi auf der Strecke bleibt. Zu all diesen Faktoren kommt auch noch ein schlechter

psychischer Gesundheitszustand hinzu, der zusätzlich das Freiheitsgefühl hemmt und – wenig überraschend – mit einer schlechten sozioökonomischen Situation korreliert. Um psychische Gesundheit zu fördern, ist eine sozioökonomische Absicherung unabdingbar. Denn logischerweise bedingen sich ökonomische Sicherheit, darunter auch leistbares Wohnen und psychische Gesundheit – weil frei von Sorgen und Angst – gegenseitig. Alarmierend ist der niedrigste Stand des individuellen Freiheitsgefühls seit Beginn der Freiheitsindexerhebung.

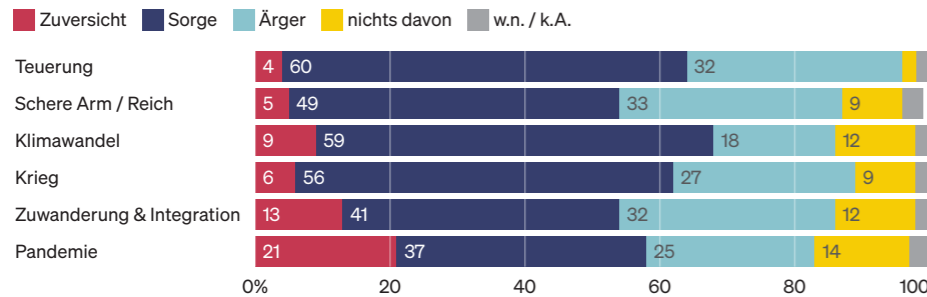
Die Ergebnisse des Freiheitsindex lassen sich durchaus mit anderen, nahezu zeitgleich durchgeführten Erhebungen vergleichen. So stellte der von SORA im Herbst 2022 erhobene Demokratiemonitor fest, dass bei den dringendsten politischen Anliegen der Menschen Sorge überwiegt (SORA 2022a).

Freiheitsgefühl stagniert auf Tiefpunkt



Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Wie empfinden Sie Ihr gegenwärtiges Leben, fühlen Sie sich frei oder unfrei?“

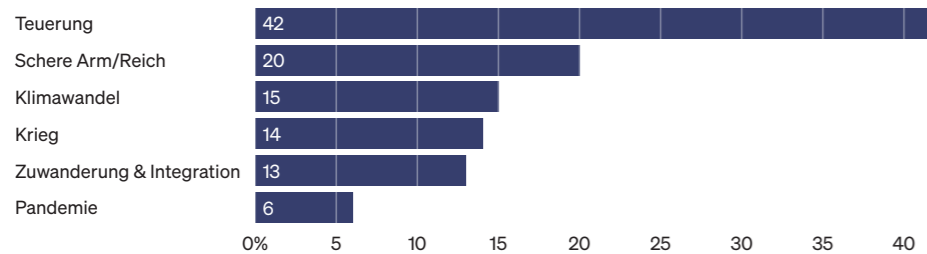
Demokratiemonitor 2022: Bei dringendsten politischen Anliegen überwiegen Sorgen



Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Welches Gefühl haben Sie am ehesten in Bezug auf folgende Themen in Österreich?“

Grafik: NEOS Lab • Quelle: SORA Institute for Social Research and Consulting

Größte Sorgen bei Teuerung, Arm/Reich, Klimawandel und Krieg



Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Welche politischen Anliegen sind für Sie persönlich derzeit am dringendsten?“
Offene Frage mit Mehrfachantworten

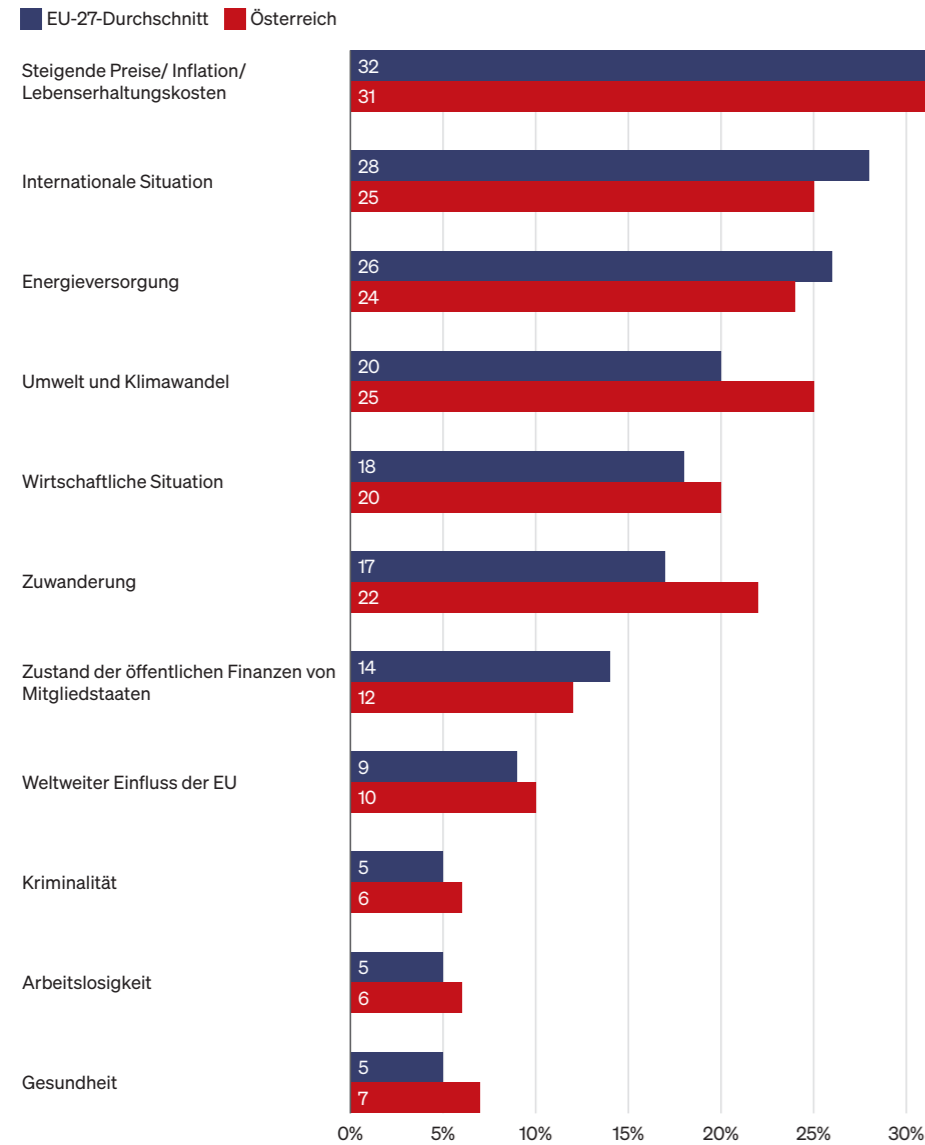
Grafik: NEOS Lab • Quelle: SORA Institute for Social Research and Consulting

Auch das im Winter 2022/23 erstellte und im Februar 2023 veröffentlichte Eurobarometer (die regelmäßig unter der europäischen Bevölkerung erstellte repräsentative Face-to-Face-Umfrage der Europäischen Kommission), zeigt ähnliche Ergebnisse, einerseits auf die gesamte Europäische Union und andererseits auf den jeweiligen Mitgliedstaat bezogen, hier Österreich. Dargestellt ist im Folgenden die Wahrnehmung der Situation in der EU im EU-27-Durchschnitt und zusätzlich aus österreichischer Sicht in Relation. Dabei wird deutlich, dass Österreich beim Fokus auf dringende Probleme in der EU gewisse Abweichungen vom EU-Durchschnitt zeigt. Während Teuerung und Inflation in der EU allen Menschen gleichermaßen Sorgen bereiten, unterscheiden sich die darunter platzierten Probleme in der jeweiligen Priorisierung. So macht man sich in Österreich genauso viele Sorgen über die internationale Situation wie über den Klimawandel (zu jeweils 25 %), wobei sich beide Probleme im EU-Schnitt anders reihen. Die Energieversorgung wird im EU-Schnitt und in Österreich nahezu gleich problematisiert, wobei man sich im EU-Schnitt leicht mehr Sorgen darum macht als in Österreich (26 % zu 24 %). Auffällig ist, dass man sich in Österreich über die wirtschaftliche Situation und vor allem über Zuwanderung in der EU weit mehr Sorgen macht als im EU-Schnitt. Das Umweltbewusstsein scheint in Österreich (25 %) ausgeprägter zu sein als im EU-Schnitt (20 %), ebenso wie scheinbare Vorbehalte gegenüber Migration (22 % zu 17 %).

Bei der Eurobarometer-Befragung zum eigenen Land steht die Sorge über Inflation und Teuerung genauso an erster Stelle, in Österreich (55 %) sogar leicht höher als im EU-Schnitt (53 %). Die Sorge über die wirtschaftliche Situation im eigenen Land ist im EU-Schnitt (19 %) höher gereiht als in Österreich (16 %), wo vor allem die Energieversorgung (25 %) und danach der Klimawandel (20 %) mit größerer Sorge betrachtet werden als im EU-Schnitt (Energieversorgung 19 %, Klimawandel 14 %). Auffällig ist weiters, dass Zuwanderung nach Österreich mit 17 Prozent als größeres Problem betrachtet wird, als es im EU-Schnitt der Fall ist, jeweils bezogen auf das eigene Land; und das, obwohl Österreich weder an EU-Außengrenzen liegt noch zu den priorisierten Zielländern zählt.

Abgesehen von Freiheitsindex und Eurobarometer zeigt auch eine Erhebung der Statistik Austria ähnlich alarmierende Ergebnisse, und zwar die – fast zeitgleich mit dem Freiheitsindex – durchgeführte Befragung „So geht’s uns heute“ von 2022. So wurde bei dieser Befragung eine insgesamt gesunkene Lebenszufriedenheit und ein deutlicher Zusammenhang zwischen finanzieller Situation, Leistbarkeit von Wohnen und psychischer Gesundheit festgestellt (BMSGPK, 2022). Ähnlich wie der Freiheitsindex kommt auch die vom Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) in Auftrag gegebene Untersuchung zum Schluss: Je gravierender Menschen von den negativen Folgen von Inflation und Teuerung betroffen sind, desto stärker leidet ihre

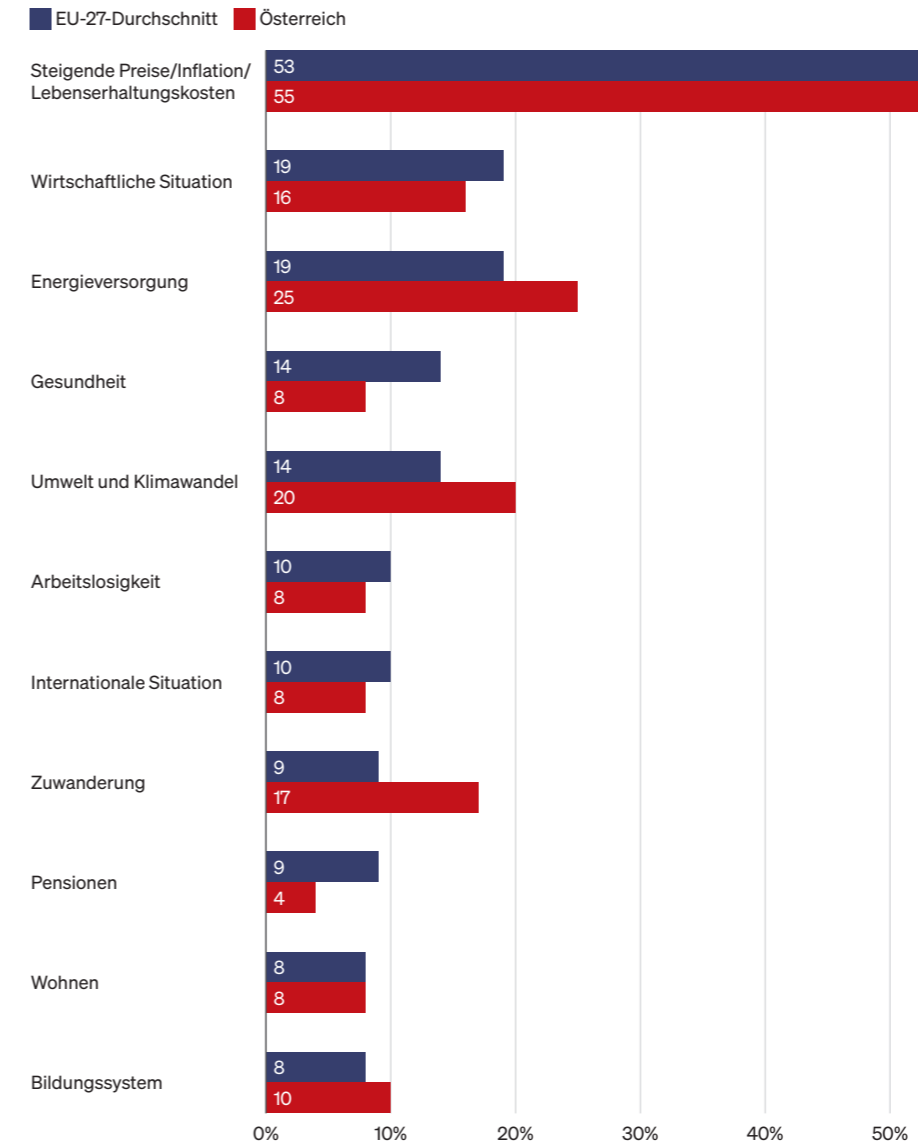
Eurobarometer 2022/23: aktuell dringendste Probleme in der EU



Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut (auf Deutsch übersetzt): „Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, mit denen die EU derzeit konfrontiert ist?“

Grafik: NEOS Lab • Quelle: Winter Eurobarometer 2022 - 2023

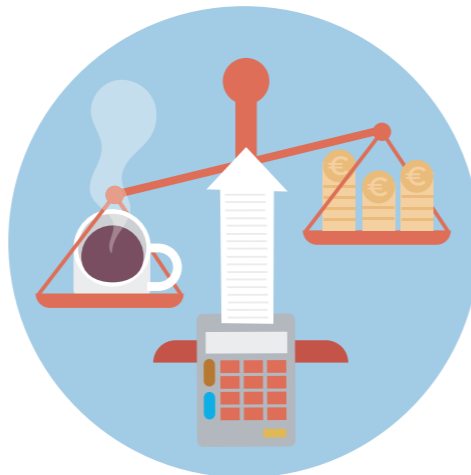
Eurobarometer 2022/23: aktuell dringendste Probleme im eigenen Land



Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut (auf Deutsch übersetzt): „Was sind Ihrer Meinung nach die zwei wichtigsten Probleme, mit denen (UNSER LAND) im Moment konfrontiert ist?“

Grafik: NEOS Lab • Quelle: Winter Eurobarometer 2022 - 2023

psychische Gesundheit darunter. Anders gesagt: Mit steigender Angst und Sorge sinkt das Freiheitsgefühl.



FAKTENLAGE

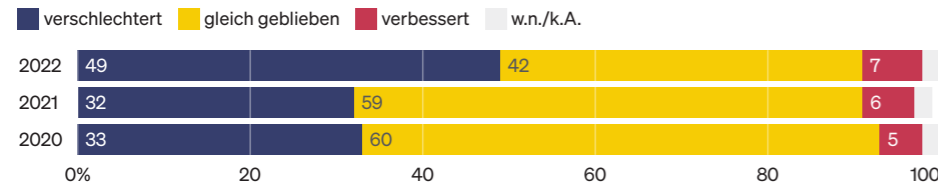
Wie in den vergangenen Jahren hat SORA mittels Regressionsanalyse herausgefunden, welche Faktoren sich auf das Freiheitsgefühl auswirken. Zu den zentralen Ergebnissen zählt, dass mit zunehmendem Alter sowie besserer finanzieller Absicherung das individuelle Freiheitsgefühl steigt, während eine Verschlechterung der psychischen Gesundheit, der finanziellen Situation ebenso wie Korruptionsskandale zu Sorge und Vertrauensverlust führen und folglich das Freiheitsgefühl dämpfen. Hierbei ist zu beobachten, dass eine Verschlechterung der psychischen Gesundheit besonders starke negative Auswirkungen auf das Freiheitsempfinden hat. Überraschend ist beim aktuellen Freiheitsindex, dass sich der durch Korruptionsskandale ausgelöste Vertrauensverlust gegenüber politischen Entscheidungsträger:innen genauso negativ auf das Freiheitsgefühl auswirkt wie die Verschlechterung der eigenen finanziellen Situation. Schließlich erweisen sich Sorgen und Ängste als schlechte Begleiter von Vertrauensbildung, die wiederum eine Grundlage für ein solides Freiheitsgefühl darstellt.

Insgesamt lässt sich parallel zur Teuerung und finanziellen Belastung eine rapide Verschlechterung der psychischen Gesundheit in Österreich feststellen. Fast die Hälfte, nämlich 49 Prozent der Befragten gaben 2022 an, dass sich ihre finanzielle Situation verschlechtert hatte. Verglichen mit 2020 und 2021 ist das ein deutlicher Anstieg von 16 bzw. 17 Prozent. Auch bezogen auf die psychische Gesundheit lässt sich eine deutliche Verschlechterung um 11 Prozent zwischen

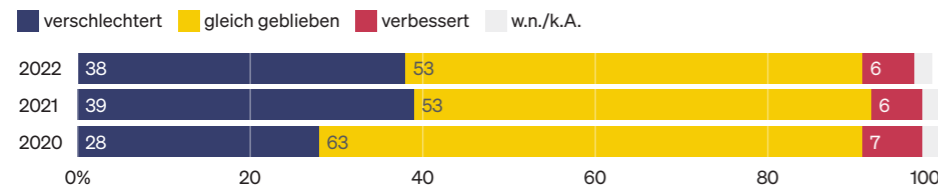
2020 und 2021 erkennen, ein besorgniserregender Wert, der sich 2022 mit 38 Prozent hielt. (Freiheitsindex 2022, 8) Die von der Statistik Austria nahezu zeitgleich durchgeführte Befragung von 3.150 Personen brachte ähnliche Ergebnisse: Mehr als ein Drittel gab an, Einkommensverluste erlitten zu haben, und 26 Prozent sprachen von negativen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die eigene psychische Gesundheit (BMSGPK, 2002, 4f.). Hatte 2021 die Inflationsrate noch 4 Prozent betragen, so stand sie im Untersuchungszeitraum, dem dritten Quartal von 2022, bei 11 Prozent (BMSGPK, 2002, 6).

All diese Zahlen belegen im Kontext der Polykrise eine konstant anhaltende Verschlechterung der individuellen Situation, was vor allem junge Menschen betrifft, wird doch besonders deren psychische Gesundheit in Mitleidenschaft gezogen.

Auswirkungen der Pandemie auf die finanzielle Situation



Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit



Angaben in Prozent.

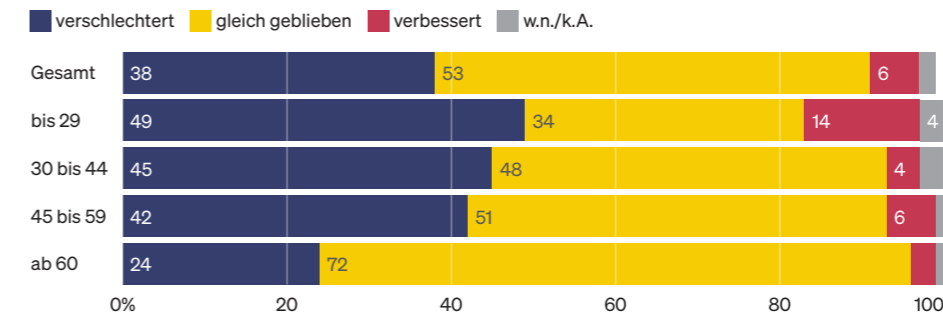
Grafik: NEOS Lab • Quelle: SORA im Auftrag von NEOS Lab

1) ANGST FRISST FREIHEIT – SORGENKIND PSYCHISCHE GESUNDHEIT

Nach dem Dauerkrisenmodus der vergangenen Jahre hat sich aktuell die Pandemielage zwar entspannt, jedoch kämpft immer noch die Hälfte der jungen Menschen mit einer Verschlechterung ihrer psychischen Gesundheit. Verglichen mit anderen Altersgruppen sind es vor allem sie, die mit psychischen Belastungen infolge von Pandemie, notwendigen Maßnahmen, Lockdowns und der Teuerung zu kämpfen haben. Stehen sie doch im Prozess der noch anhaltenden oder gerade abgeschlossenen Ausbildung oder auch am Anfang ihres Berufslebens, damit insgesamt in einer Orientierungs- und Aufbauphase, die infolge der zunächst pandemie-, dann finanziell bedingten Einschränkungen eine schmerzliche Unterbrechung erfahren hat.

Diese Verschlechterung lässt sich vor allem im unteren ökonomischen Drittel beobachten, weil sich finanzielle Situation und psychische Gesundheit – über das Bindeglied Sorge oder umgekehrt Gelassenheit gegenseitig bedingen. Hinzu kommt der Faktor höchster Bildungsabschluss, sodass Menschen ohne Matura auf dem Arbeitsmarkt grundsätzlich weniger verdienen, was sich gleichzeitig – in Form von Existenzsorgen – negativ auf das psychische Wohlbefinden auswirkt. Ähnliche Ergebnisse, und zwar das negative Zusammenspiel von niedrigem Bildungsabschluss, schlechter sozioökonomischer Situation und hoher psychischer Belastung, weist auch die Untersuchung der Statistik Austria auf. So bezeichneten lediglich

Psychische Gesundheit nach Altersgruppen



Angaben in Prozent.

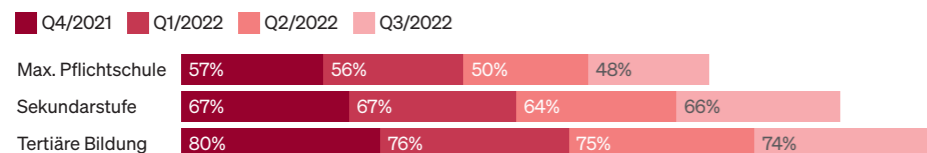
Grafik: NEOS Lab • Quelle: SORA im Auftrag von NEOS Lab

48 Prozent der Befragten mit Pflichtschulabschluss ihren Gesundheitszustand als „gut“ oder sogar „sehr gut“, während dies unter den Befragten mit tertiärem Bildungsabschluss (d.h. Fachhochschul- oder Universitätsabschluss) sogar 74 Prozent taten (BMSGPK, 2002, 29). Im Gegensatz zum höchsten Bildungsabschluss ergibt sich bezogen auf die Geschlechterzugehörigkeit kein signifikanter Unterschied. Allerdings zeigt diese Untersuchung wie auch der Freiheitsindex, wieder in höheren Zahlen ausgedrückt, dass Frauen und deren psychische Gesundheit stärker unter den Folgen der Polykrise leiden – oder dies zumindest in der Umfrage so angeben.

Was der Freiheitsindex deutlich vor Augen führt, ist, dass die jüngere Generation zu den Hauptleidtragenden

gehört. Da sich junge Menschen erst im Prozess des eigenen Existenzaufbaus befinden, spüren sie finanzielle Unsicherheiten, oft gepaart mit einem enormen Leistungsdruck, besonders stark. Daher verwundert es nicht, dass Versagens- und Existenzängste junge Menschen im Selbstvertrauen, interpersonellen Vertrauen sowie infolge der Polykrise im Systemvertrauen erschüttern und dadurch ernstzunehmende negative Folgen für ihre psychische Gesundheit entstehen können. Angststörungen und Depressionen gehören im europäischen Vergleich zu den häufigsten psychischen Erkrankungen, wie Dieter Feierabend in seinem Policy Brief (2022) erläutert. So leidet jede sechste Person in der EU unter einer psychischen Erkrankung, in Österreich ist es sogar jede fünfte Person (Feierabend 2022, 18). Im europäischen Vergleich zeigt der aktuelle, gemeinsam

Gute gesundheitliche Verfassung nach höchstem Bildungsabschluss



Angaben in Prozent. Statistik-Austria-Befragung im Quartal, analysiert im Bericht: „So geht's uns heute“ (2022). Frage im Wortlaut: „Wie ist Ihre Gesundheit im Allgemeinen?“ Hier genannte Antwortmöglichkeit: „Gut oder sehr gut“.

mit der EU erstellte OECD-Bericht „Health at a Glance“ (2022), dass sich depressive Symptome im Zuge der Covid-19-Pandemie unter jungen Menschen nahezu verdoppelten, verglichen mit dem europäischen Bevölkerungsdurchschnitt. Im OECD-Vergleich gehört Österreich zu den traurigen Spitzenreitern mit einem Anteil von 41,3 Prozent unter jungen Menschen (18–29 Jahre), also einem fast doppelt so hohen Anteil wie der unter allen Erwachsenen (23,7 %). Weiters zeigt dieser Bericht, dass unter dem Eindruck der Covid-19-Pandemie prekäre finanzielle Verhältnisse für junge Menschen das Risiko, an Depressionen zu erkranken, signifikant erhöht haben. Im europäischen Vergleich liegt Österreich knapp unter dem EU-Schnitt bzw. unter dem Schnitt der 21 in die Untersuchung einbezogenen EU-Länder (OECD/EU 2022, 26). Deutlich wird, dass in Österreich bei jungen Menschen in prekären finanziellen Verhältnissen das Risiko, an Depressionen zu erkranken, bei fast 70 Prozent liegt, bei jenen ohne finanzielle Schwierigkeiten unter 50 Prozent (OECD/EU 2022, 26). Auffällig ist weiters das Ansteigen des sogenannten treatment gap, nämlich die fehlende – obwohl notwendige – Behandlung. In den untersuchten EU-Ländern gab fast jede:r Zweite bis 29 Jahre an, keine psychologisch orientierte oder psychotherapeutische Behandlung („mental health care“) erfahren zu haben, obwohl er:sie diese benötigt hätte (OECD/EU 2022, 30).

Hinzu kommt die nach wie vor weit verbreitete Stigmatisierung von psychischen Erkrankungen. Österreich liegt zwar im europäischen Vergleich

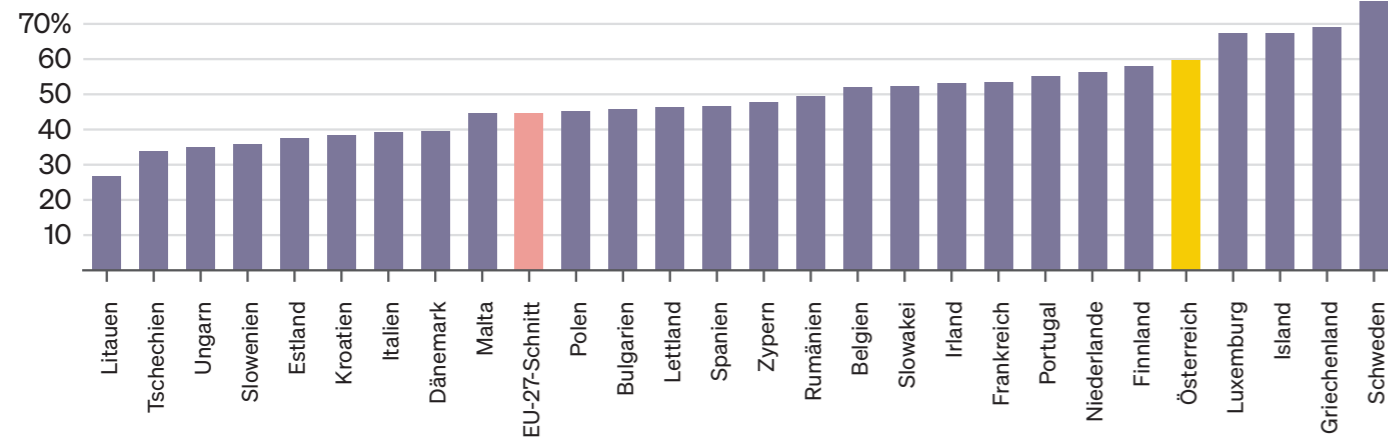
gemäß Eurostat von bestehenden Vorurteilen im Mittelfeld, dennoch sind breite bewusstseinsbildende Maßnahmen notwendig, um das individuelle Wohlbefinden in einer verständnisvollen Gesellschaft zu steigern (Feierabend 2022, 24).

Öffentliche Stigmatisierungen bzw. Tabuisierungen korrelieren auch mit dem treatment gap, sprich der – obwohl notwendigen – fehlenden Behandlung. Diese Lücke kann jedoch nicht allein auf fehlendes Vertrauen zurückgeführt werden, sondern hat zudem auch ökonomische Gründe. Ist eine psychotherapeutische Behandlung bzw. Psychotherapie aus finanziellen Gründen nicht leistbar und folglich nicht möglich, schließt sich der Teufelskreis (Feierabend 2022, 20), sofern auf Systemebene nicht gegengesteuert wird. Und Handlungsbedarf gibt es dringend, wie aktuelle Eurostat-Daten zeigen. Denn gemäß einer Eurostat-Umfrage von 2020 geben die meisten Befragten in den EU-27-Mitgliedstaaten an, persönlich bereits Risikofaktoren für das eigene Wohlbefinden erlebt zu haben (Eurostat 2022).

Zieht man in Betracht, dass mehr Bedarf besteht, als es Behandlungsoptionen gibt, so eröffnet sich der dringende Bedarf an breiten vertrauensbildenden Maßnahmen wie öffentliche Awareness-raising-Initiativen und weiters Empowerment-Maßnahmen wie eine ausgeweitete psychotherapeutische Behandlung für Betroffene. Schließlich geht es ums psychische Wohlbefinden und gegenseitige Vertrauen und darauf aufbauend um ein positives Freiheitsempfinden

innerhalb einer gut funktionierenden Gesellschaft mit hoher sozialer Kohäsion. Misstrauen oder besser gesagt eine Vertrauenskrise auf der Systemebene hat dagegen fatale Folgen für das persönliche Wohlbefinden, Freiheitsempfinden wie auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt.

Eurostat-Umfrage 2020: Selbst erlebte Risikofaktoren zu psychischem Wohlbefinden



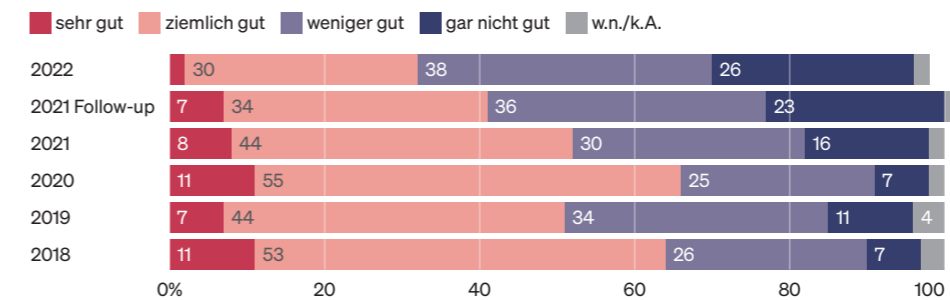
Angaben in Prozent. Eurostat-Daten, veröffentlicht im April 2023: „Personen die berichten, dass sie Risikofaktoren für ihr psychisches Wohlbefinden ausgesetzt waren, nach Geschlecht, Alter und Risikofaktor“

2) VERTRAUENSKRISE DURCH KORRUPTIONSSKANDALE

Neben der massiven Teuerung und deutlich angeschlagenen psychischen Gesundheit hat im Kontext der Polykrise, so der Freiheitsindex 2022, ein weiteres Problem zum Vertrauensverlust vieler Menschen gegenüber dem österreichischen System geführt, und zwar das der Korruption. So wirken sich aktuelle Korruptionsvorwürfe nicht nur negativ auf das Vertrauen in Politik bzw. politische Entscheidungsträger:innen aus, sondern führen direkt in eine politische Vertrauenskrise. Mit den Worten „Hilfe, Vertrauenskrise!“ präsentierte SORA den aktuellen Demokratiemonitor 2022 im Dezember letzten Jahres. Eines der alarmierenden Ergebnisse ist nämlich, dass nur mehr 34 Prozent der Befragten mit dem politischen System in Österreich zufrieden sind. 2018 waren es noch – heute utopische – 64 Prozent (SORA 2022b). Das Misstrauen gegenüber der österreichischen Politik war zwar schon vor

dem Ibiza-Skandal und den daraufhin aufgedeckten ÖVP-Chat-Protokollen eingetreten, den bisherigen Tiefstand hat das Systemvertrauen jedoch bei der letzten Erhebung 2022 erreicht (SORA 2022a). Am mangelnden Vertrauen hat sich im aktuellen Jahr 2023 nichts Wesentliches geändert, wie diesjährige Meinungsumfragen zeigen, zumal seitens der österreichischen Regierung bisher noch keine nennenswerten vertrauensbildenden Maßnahmen gesetzt wurden (Röhler 2023). So besteht laut dem Demokratie-Index 2022 Nachholbedarf vor allem in Sachen Transparenz und Kontrolle (Die Presse 2022). Denn laut dem Demokratiemonitor denken nur mehr 30 Prozent der Befragten, dass das politische System in Österreich gut funktioniert. 2018 waren dies noch 53 Prozent.

Demokratiemonitor 2022: Vertrauen in politisches System im Sinkflug

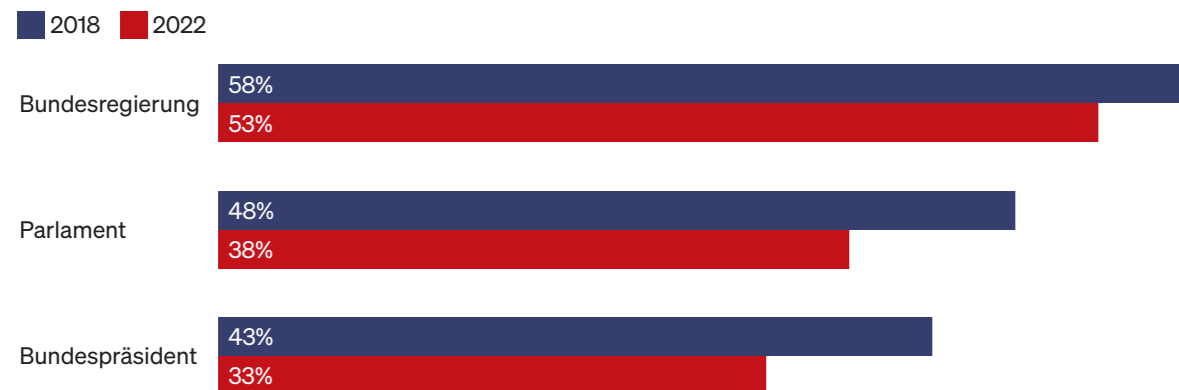


Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut.“

Hinzu kommt der Vertrauensverlust gegenüber demokratisch gewählten Vertretungsorganen zwischen 2018 und 2022. Waren es 2018 noch 13 Prozent, die sich von keiner Partei vertreten fühlten, so sind es 2022 bereits 38 Prozent, also ein Anstieg ums Dreifache.

Die Eurobarometer-Umfrage vom Winter 2022/23 zeigt ein ähnliches Misstrauen unter den Befragten. So liegt die Tendenz, dem jeweiligen nationalen Parlament zu vertrauen, im EU-27-Schnitt bei 33 Prozent (vs. 61 % Misstrauen), in Österreich bei 33 Prozent (vs. 61 % Misstrauen), in Österreich bei

Vertrauensverlust gegenüber gewählten Vertretungsorganen



Angaben in Prozent. Daten aus Demokratiemonitor 2022 zusammengefasst. Frage im Wortlaut: „Vertrauen Sie folgenden Institutionen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?“

46 Prozent (vs. 47 % Misstrauen). Der jeweiligen nationalen Regierung vertrauen im EU-27-Schnitt 32 Prozent (vs. 63 % Misstrauen), in Österreich 40 Prozent (vs. 53 % Misstrauen). Das Vertrauen gegenüber der Europäischen Union insgesamt liegt bei 47 Prozent (also höher als das Misstrauen mit

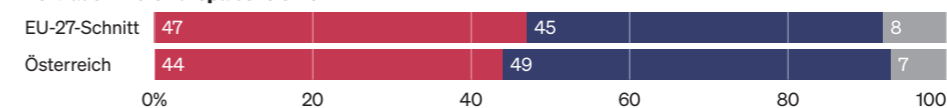
45 Prozent), in Österreich bei 44 Prozent (damit unter dem Misstrauen mit 49 %), was sich auf eine gewisse Europaskepsis und sogar Regierungsskepsis in Österreich zurückführen lässt, die höher als im EU-Durchschnitt ist.

Vertrauen in europäische und eigene (nationale) Institutionen

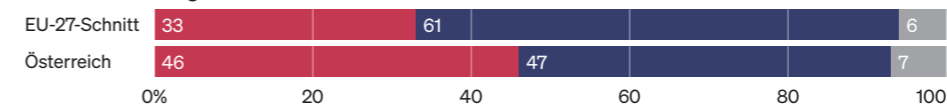
Eurobarometer 2022/23: Vergleich des Vertrauens im EU-Durchschnitt und in Österreich

■ eher vertrauen ■ eher nicht vertrauen ■ w.n./k.A.

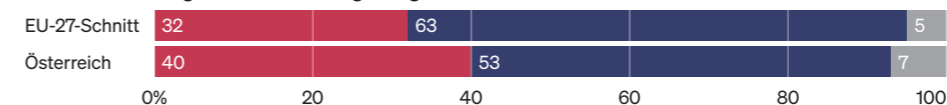
Vertrauen in die Europäische Union



Vertrauen in das eigene (nationale) Parlament



Vertrauen in die eigene (nationale) Regierung



Angaben in Prozent. Antworten aller befragten EU-Bürger:innen und der österreichischen Befragten.

Signifikant ist jedenfalls, dass in Österreich das Systemmisstrauen gegenüber der EU höher liegt als im EU-Durchschnitt: Während im EU-27-Schnitt 47 Prozent der Befragten der Europäischen Union eher vertrauen und 45 Prozent eher misstrauen, verhält es sich in Österreich nahezu umgekehrt: 44 Prozent neigen dazu, der EU zu vertrauen, wohingegen 49 Prozent ihr eher misstrauen. Wohlgemerkt erfolgte diese Erhebung im Jänner 2023, also einen Monat nach dem aufgedeckten Korruptionsskandal rund um die ehemalige Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Eva Kaili, im Dezember 2022 (AFP 2023). Bezogen auf Österreich geben aktuelle Erhebungen wenig Grund zu Optimismus.

Das Misstrauen gegenüber der EU ist nicht neu, wie die folgende Statistik zeigt. Es liegt stets knapp über oder unter 50 Prozent, wobei das Vertrauen immer darunter liegt. Nur einmal, im Frühjahr 2021, während des europaweit zweiten Abklingens der Covid-19-Pandemie und abgeschwächter Lockdown-Maßnahmen, lagen Vertrauen und Misstrauen mit jeweils 45 Prozent gleichauf. Noch schlimmer scheint es um das Vertrauen in die eigene nationale Regierung bestellt zu sein, wie eine Eurobarometer-Untersuchung an späterer Stelle in diesem Bericht zeigen wird. Ein wesentlicher Faktor dafür scheinen die Korruptionsskandale der letzten Zeit gewesen zu sein.

Ein Phänomen, das noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wäre, wird zusätzlich durch den regelmäßig von Transparency International erstellten Korruptionsindex (konkret: Corruption Perception Index)

belegt. Demnach ist Österreich bei der Erhebung 2022 gleich um neun Plätze abgestürzt und zählt mit Platz 22 und 71 von 100 Punkten nicht mehr zu den weltweiten Top 20 wie noch 2021, als es 74 Punkte erhalten hatte. Vor diesem kontinuierlichen Absturz hatte Österreich 2020 noch 76 Punkte erhalten.

Die aktuellen Ergebnisse von Transparency International untermauern in diesem Sinn die Ergebnisse vom Freiheitsindex 2022, wonach 71 Prozent der Befragten sehr oder ziemlich der Ansicht sind, dass politische Eliten sich untereinander ausmachen, was im Land passieren soll. Diesen Eindruck teilen Insbesondere Frauen (80 %), von Teuerung stark betroffene Menschen (80 %) und das mittlere ökonomische Drittel (83 %).

Zweifellos hat die Vertrauenskrise in der Politik auch die Mittelschicht erreicht. Mehr als die Hälfte der Befragten (56 %) ist der Meinung, von der Politik bzw. politischen Entscheidungsträger:innen als Mensch zweiter Klasse behandelt zu werden. Dies ist ein Anstieg von 8 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr, der vor allem in der Mittelschicht zu beobachten ist und in demokratiepolitischer Hinsicht Sorgen bereitet, zumal diese Bevölkerungsgruppe grundsätzlich für die Stabilität von Demokratie, Wohlstand und Bildung eine wichtige Rolle spielt.

Vor dem Hintergrund internationaler wie auch österreichweiter Erhebungen lassen die vorliegenden Zahlen nichts Gutes erahnen, lassen sie doch eindeutig auf eine weit verbreitete Wahrnehmung von klientelistischen

Österreich nur auf Rang 22 im TI Korruptionsindex

Ausgewählte Länder im Corruption Perception Index, Höchstpunktezahl 100 = Gar nicht korrupt, 0 = durch und durch korrupt.

Score	Land
90	Dänemark
87	Finnland
87	Neuseeland
84	Norwegen
83	Singapur
83	Schweden
82	Schweiz
80	Niederlande
79	Deutschland
77	Irland
77	Luxemburg
76	Hong Kong
75	Australien
74	Canada
74	Estland
74	Island
74	Uruguay
73	Belgien
73	Japan
73	Vereinigtes Königreich
72	Frankreich
71	Österreich
70	Seychellen
69	USA
68	Bhutan

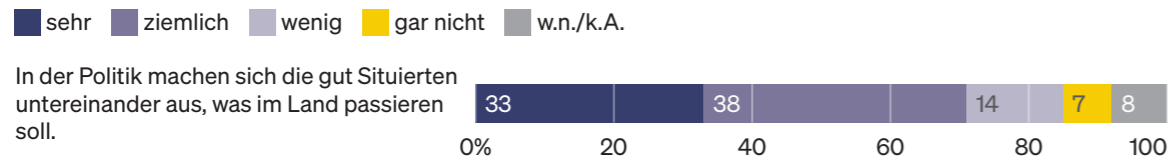
Weitere 32 Zeilen werden nicht angezeigt.

Quelle: Transparency International (2022). Herausgegriffen ist hier das erste Drittel der gereihten Länder im weltweiten Vergleich, wonach Österreich auf Platz 22 abgestürzt ist.

Machenschaften in Verbindung mit strukturell bedingten gesellschaftlichen Ungleichheiten schließen. All das bietet traurigerweise einen geeigneten Nährboden für Zukunftsängste, Pessimismus und die damit verbundene aktuelle Vertrauenskrise. Dieser gilt es auf der Systemebene entgegenzuwirken, nämlich mittels grundlegender Reformprozesse. Dabei geht es um Gesetzesreformen, wie u.a. strengere Korruptionsgesetze und die Abschaffung des völlig veralteten Amtsgeheimnisses, die Etablierung einer politisch tatsächlich unabhängigen Staatsanwaltschaft, weiters um die Umsetzung der neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen und schließlich um eine neue politische Kultur, die Verantwortung und Rechenschaft – Responsibility and Accountability – in der Politik und gegenüber Bürger:innen großschreibt. Einen geeigneten Leitfaden bietet mitunter der Europarat mit seinen „12 Principles of Good Governance“ (Council of Europe o.J.).

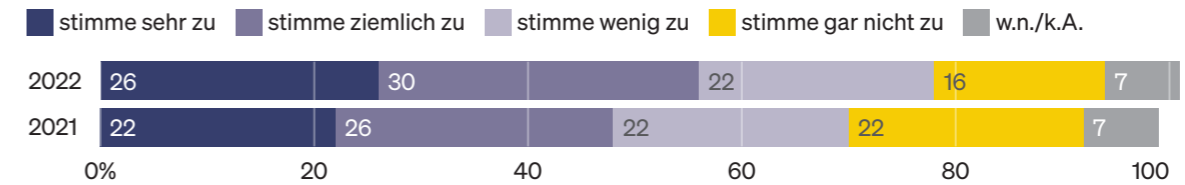
Nicht zuletzt infolge der – auch international rezipierten – politischen Skandale ist es notwendig, die Menschen hierzulande in ihrer Sorge, Angst und Wut ernst zu nehmen und ernsthaft an der Wiederherstellung ihres Vertrauens zu arbeiten. Nur so kann der aktuellen Vertrauenskrise entgegengewirkt werden, zumal dies einen Baustein von vielen in der gegenwärtig zu bewältigenden Polykrise darstellt. Schließlich soll das gemeinsame Ziel sein, mit gestärktem Systemvertrauen optimistisch und angstfrei in die Zukunft zu blicken – auch wenn äußere Umstände bzw. der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die damit verbundene äußere Bedrohung derzeit wenig Grund für Zukunftsoptimismus bieten.

Freiheitsindex 2022: Korruptionsempfinden



Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgender Aussage sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu?“

Ungleichheitsempfinden im Jahresvergleich



Angaben in Prozent. Aus Freiheitsindex 2022. Frage im Wortlaut: „Die Politik behandelt Menschen wie mich oft als Menschen zweiter Klasse.“

3) RUSSLANDS ANGRIFFSKRIEG UND BEDROHUNG FÜR EUROPA

Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine und der dadurch entfachte russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 haben die bisherige Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union völlig auf den Kopf gestellt, weil erstmals ein Überdenken sicherheitspolitischer Positionen auf nationaler wie auch europäischer Ebene notwendig geworden ist. Schließlich waren nach Ende des Kalten Kriegs alle EU-Mitgliedsländer und die EU selbst primär auf die Reduktion ihrer Verteidigungsetats ausgerichtet, was sich seit diesem Kriegsausbruch ändern sollte. (Galser/Heinz 2022; Bardt 2021; Mölling et al. 2022) Mittlerweile steht – auch in Österreich – militärische Aufrüstung wieder auf dem Plan, und zwar so, wie es noch vor einigen Jahren kaum jemand erwartet hätte. Hatte sich während der Jugoslawien-Kriege in den 1990er Jahren in Österreich kaum jemand öffentlichkeitswirksam für ein höheres Verteidigungsbudget ausgesprochen, zumal die NATO-Bombardements von 1995 auf serbische Stellungen in Bosnien und Herzegowina und vor allem jene von 1999 auf die BR Jugoslawien (vom UN-Sicherheitsrat zunächst nicht freigegeben) sämtlichen NATO-Beitritts-Bestrebungen so mancher Politiker:innen zuwiderliefen (Pensold/Nadjivan/Asboth 2015). Im Gegensatz dazu hat die Gefahr des aktuellen Ukraine-Kriegs mitsamt einer Energieversorgungskrise und potenziellen nuklearen Bedrohung einen sicherheitspolitischen Umdenkprozess ausgelöst.

So zeichnet sich gemäß dem Freiheitsindex 2022 eine knappe Mehrheit für eine militärische Aufrüstung ab.

Etwas mehr als die Hälfte, nämlich 52 Prozent, sehen in der Aufrüstung des österreichischen Bundesheers auch eine Maßnahme zur Verteidigung von Demokratie und Freiheit in Österreich. Weiters stimmen 48 Prozent der Befragten den EU-Sanktionen gegen Russland zu, wobei 44 Prozent der Meinung sind, dass in der Ukraine auch die europäische Freiheit verteidigt wird. Die geringste Zustimmung für Sanktionen ist bei den 30- bis 44-Jährigen zu beobachten (42 %), die größte Zustimmung bei der Altersgruppe 60+ (53 %). Wie die Zahlen zeigen, steigt die Zustimmung zu Aufrüstung und Sanktionen mit Alter und Bildungsabschluss. Die Sorge über einen möglichen Krieg in Österreich teilen 44 Prozent der Befragten, darunter mit 52 Prozent vor allem Frauen ab 45 Jahren ohne Matura. Auffällig ist, dass beim Fragenkomplex rund um die Themen Ukraine-Krieg, Sanktionen und Sicherheit zwischen 5 und 15 Prozent der Befragten keine Meinung geäußert haben.

Der öffentliche Diskurs zum laufenden Ukraine-Krieg erscheint zumindest aus heutiger Sicht zum Teil sehr verworren, was zukünftige Forschungsarbeiten sicher noch tiefgreifend analysieren werden. Eine Vermutung wären die zahlreichen nach wie vor bestehenden wirtschaftlichen Verstrickungen mit und Abhängigkeiten von Russland, was bezogen auf die Energieversorgung und insbesondere Energieversorgungskrise vor allem Österreich betrifft. Die gestiegenen Energiepreise und damit einhergehende Teuerung sowie Inflation erweist sich daher als das am stärksten brennende Problem für die Bevölkerung in Österreich. Eine offene Debatte, in der alle Zusammenhänge, Auswirkungen und mögliche

Auswege ehrlich thematisiert werden, fehlt bislang. Doch eine solche Debatte wäre vertrauensbildend, weil sie die Menschen mit ihren Sorgen abholen würde.

Unmissverständlich zeigt sich trotz mancher rechts- und linkspopulistischer Ausflüchte eine klare Unterstützung von und Solidarität mit der ukrainischen Seite, auch mit Blick auf die Eurobarometer-Umfrage vom Winter 2022/23, wonach die österreichische Befürwortung stets unter dem EU-Schnitt liegt. Während europaweit 91 Prozent die humanitäre Hilfe für die Ukraine begrüßen, sind es in Österreich 86. Die finanzielle Unterstützung bejahen im EU-Schnitt 77 Prozent, in Österreich 71, die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland 74 Prozent im EU-Schnitt und 69 in Österreich. Deutliche Unterschiede zeigt erstens die Willkommenskultur gegenüber den vor dem Krieg geflüchteten Menschen: 88 Prozent sind es im EU-Schnitt, in Österreich dagegen 79. Der zweite eklatante Unterschied liegt in der Befürwortung von Waffenlieferungen an die Ukraine: 65 Prozent im EU-Schnitt und 50 in Österreich, was nicht zuletzt auf die tradierte und identitätsstiftende österreichische Neutralität zurückgeführt werden kann, auch wenn diese seit Österreichs Beitritt zur Europäischen Union 1995 eigentlich nur noch auf dem Papier besteht und spätestens seit den Bemühungen um eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik nicht mehr wie ursprünglich im Staatsvertrag 1955 intendiert gelten kann. Schließlich gilt für Österreich wie für alle anderen EU-Staaten im Ernstfall die Beistandspflicht (Ultsch 2023), was in dieser Deutlichkeit bisher nicht bei allen angekommen

zu sein scheint. Die Unterstützung für die europäischen Aktivitäten liegt in Österreich als tendenziell eher EU-kritischem Land leicht unter dem EU-Durchschnitt.

Trotz der mehrheitlich geäußerten Zustimmung zu den Hilfsmaßnahmen gegenüber der Ukraine und Sanktionen gegenüber Russland zeigt sich nur eine knappe Mehrheit der Befragten zufrieden mit der Performance der EU und jener der jeweiligen nationalen Regierung, wobei die EU sogar knapp besser beurteilt wird. Sind im EU-Durchschnitt 56 Prozent mit der Positionierung der EU zufrieden, so sind es in Österreich 53. Mit der eigenen nationalen Regierung sind im EU-Schnitt 55 Prozent zufrieden, in Österreich 51. Diese knappen Mehrheiten lassen darauf schließen, dass trotz aller Unzufriedenheiten letzten Endes der EU als politischem Entscheidungsträger vertraut wird, mehr als der eigenen Regierung. Auf dieser Vertrauensbasis gilt es aufzubauen, um das gemeinsame Europa in wichtigen Fragen zu Außen-, Sicherheits- und Energiepolitik zu stärken.

Ungeachtet der in Österreich verbreiteten Europaskepsis zeichnet sich eine große Übereinstimmung in Sachen erneuerbarer Energie und Energieversorgungssicherheit auf europäischer Ebene ab, sodass die Zustimmung in Österreich zu verschiedenen gemeinsamen energiepolitischen Maßnahmen zwar knapp unter dem EU-27-Schnitt liegt, aber dennoch von einer klaren Mehrheit getragen wird. So befürworten 84 Prozent im EU-Schnitt und 79 Prozent in Österreich die Reduktion von Gas- und Ölimporten als wichtige Sicherheitsmaßnahme, genauso

Befürwortung der EU-Hilfe für die Ukraine im Vergleich

Zustimmung und Ablehnung in % der Befragten laut Eurobarometer 2022/23 zu den folgenden Fragen

■ stimme (voll) zu ■ lehne (voll) ab ■ w.n./k.A.

Bereitstellung humanitärer Hilfe für vom Krieg betroffene Menschen



Menschen, die vor Krieg fliehen, in der EU willkommen heißen



Bereitstellung finanzieller Unterstützung für die Ukraine



Verhängung von Sanktionen gegen russische Regierung, Unternehmen und Einzelpersonen



Finanzierung von Kauf und Lieferung der Militärausrüstung and die Ukraine



Angaben in Prozent

Grafik: NEOS Lab • Quelle: Winter Eurobarometer 2022 - 2023

wie 82 Prozent im EU-Schnitt und 79 in Österreich dem gesamteuropäisch koordinierten Erwerb von Energieträgern zustimmen. Auch spricht sich eine deutliche Mehrheit für den langfristig positiven und preissenkenden Effekt von erneuerbaren Energien aus: 80 Prozent im EU-27-Schnitt und 72 Prozent in Österreich.

Deutlich pessimistischer beurteilen die Befragten dagegen die aktuellen Auswirkungen des laufenden russischen Invasionskriegs für das eigene Land und für die persönliche Situation. Wie oft bei Umfragen, wird die gesamtgesellschaftliche Situation deutlich negativer eingeschätzt als die eigene Lage. Während 86 Prozent

im EU-Schnitt ernste Konsequenzen für das eigene Land befürchten, sind es in Österreich 81. Drastische Folgen für die eigene finanzielle Situation befürchtet zwar auch eine klare Mehrheit, jedoch mit einem Unterschied von fast 20 Prozent: nämlich 63 Prozent im EU-Schnitt und 60 in Österreich.

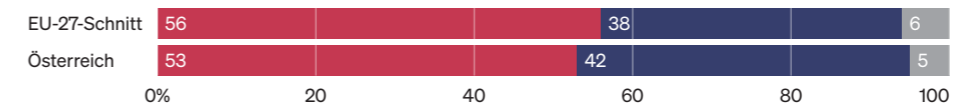
Gerade die hohe Inflation und drastische Teuerung sind jene Faktoren, die der gesellschaftlichen Mitte laut dem Freiheitsindex 2022 große Sorgen bereiten und zu Zukunftsängsten führen. Leider hat sich hier die Situation verglichen mit dem Freiheitsindex 2021 nicht verbessert, sondern noch verschlechtert.

Zufriedenheit mit der Reaktion auf den russischen Angriffskrieg im Vergleich

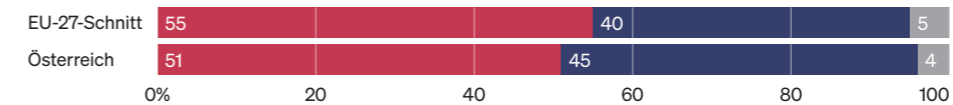
Eurobarometer 2022/23: Vergleich des EU-Durchschnitts und Österreichs

■ (sehr) zufrieden ■ (sehr) unzufrieden ■ w.n./k.A.

Zufriedenheit mit der Reaktion der Europäischen Union auf den russischen Angriffskrieg



Zufriedenheit mit der Reaktion der eigenen (nationalen) Regierung auf den russischen Angriffskrieg



Angaben in Prozent.

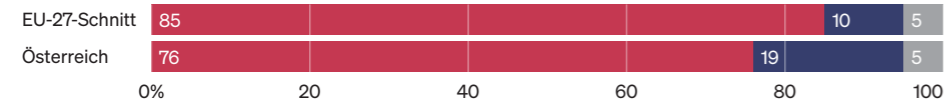
Grafik: NEOS Lab • Quelle: Winter Eurobarometer 2022 - 2023

Zustimmung oder Ablehnung zu Aussagen bezüglich Energiesicherheit und Nachhaltigkeit

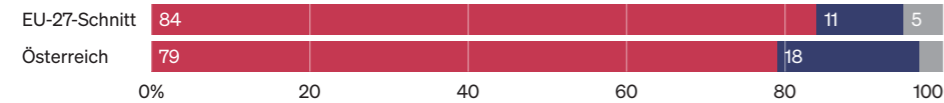
Eurobarometer 2022/23: EU-Schnitt und Österreich im Vergleich

■ stimme (voll) zu ■ lehne (voll) ab ■ w.n./k.A.

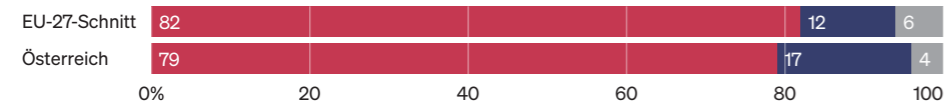
Die Steigerung der Energieeffizienz in der EU wird uns unabhängiger von Energieerzeugern außerhalb der EU machen



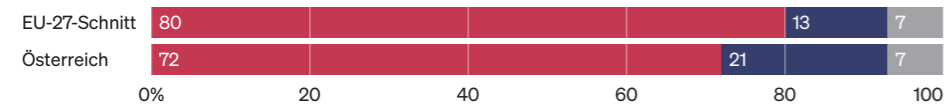
Die Reduktion von Öl- und Gasimporten und Investition in Erneuerbare sind wichtig für unsere Sicherheit



Die EU-Mitgliedstaaten sollten gemeinsam Energie aus anderen Ländern kaufen, um einen besseren Preis zu erzielen



Langfristig können Erneuerbare Energien den Preis begrenzen, den wir für unseren Energieverbrauch bezahlen



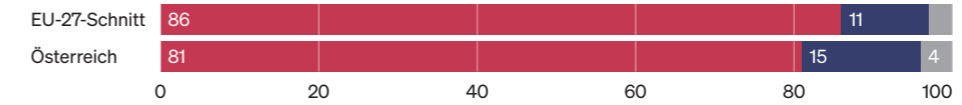
Angaben in Prozent. Aussagen zur besseren Lesbarkeit gekürzt.

Grafik: NEOS Lab • Quelle: Winter Eurobarometer 2022 - 2023

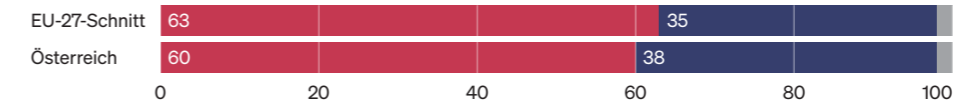
Eurobarometer: Kriegsfolgen für eigenes Land höher eingeschätzt als für sich selbst

■ stimme (voll) zu ■ lehne (voll) ab ■ w.n./k.A.

Der Krieg in der Ukraine hat schwerwiegende Folgen für (UNSER LAND).



Der Krieg in der Ukraine hat für Sie persönlich schwerwiegende finanzielle Folgen.



Angaben in Prozent. Antworten der Befragten im EU-Schnitt mit jenen Österreichs verglichen.

Grafik: NEOS Lab • Quelle: Winter Eurobarometer 2022 - 2023

4) AUSWIRKUNGEN DER HOHEN ENERGIEPREISE UND INFLATION

Wir sind heute in einem stillen Lockdown – nicht virusbedingt, sondern wegen der drastischen Teuerung.

Seit Beginn der Pandemie erheben wir, ob sich die finanzielle Situation der Bevölkerung verschlechtert hat. Während dies in den letzten beiden Jahren primär das untere ökonomische Drittel betroffen hat, ist 2022 ein deutlicher Anstieg in der Mittelschicht zu beobachten. Besonders stark betroffen ist die Gruppe der 30- bis 59-Jährigen, was insofern besorgniserregend ist, als in diese Lebensphase oft Familiengründung, Haus- bzw. Wohnungserwerb fallen.

Jede vierte Person in Österreich muss sich aktuell sehr stark einschränken, insgesamt erfahren acht von zehn Personen Einschränkungen. Besonders bei Personen ohne Matura und in der Altersgruppe 30 bis 44 sind starke Einschränkungen zu beobachten, während sich Personen ab 60 Jahren deutlich weniger einschränken müssen, zumal sie zumeist die kostenintensiven Jahre von etwaigen Wohnungs- oder Hausinvestitionen oder Familiengründungen hinter sich gebracht haben.

Die Teuerung ist wie zu erwarten insbesondere bei Lebensmitteln, Treibstoff und Strom/Heizen zu beobachten. Ein Viertel der Befragten ist in allen Bereichen von der Teuerung betroffen, nur 9 Prozent geben an, in keinem Bereich von der Teuerung betroffen zu sein.

Insbesondere das untere ökonomische Drittel erwartet auch in Zukunft sehr starke finanzielle Einschränkungen. Insgesamt findet sich jedoch der geringste Anteil an Personen, die keine Einschränkungen erwarten, in der Mittelschicht (5 %).

Die aktuellen finanziellen Belastungen führen auch dazu, dass weniger Geld zur Seite gelegt wird als sonst. Bemerkenswert ist, dass es hierbei keine Unterschiede zwischen dem mittleren ökonomischen Drittel (74 %) und dem unteren Drittel (75 %) gibt.

Verglichen mit dem Freiheitsindex 2022 kam die Befragung der Statistik Austria im dritten Quartal zu ähnlichen Ergebnissen: Unter Nennung der hohen Inflation und Teuerung meinten 16 Prozent der Befragten, vor allem mit niedrigem Haushaltseinkommen, teils große Schwierigkeiten bei der Deckung der laufenden Kosten zu haben. Für 22 Prozent stellten die Wohnkosten eine enorme finanzielle Belastung dar, während sogar 30 Prozent in den Folgemonaten Zahlungsschwierigkeiten erwarteten (BMSGPK, 2022, 20). Unter denjenigen, die nur schwer oder sogar sehr schwer mit dem eigenen Einkommen auskommen (insgesamt 34 %), nannten 35 Prozent die hohe Inflation und Teuerung als vorwiegenden Grund (BMSGPK, 2022, 21).

In diesem Zusammenhang erhob die Statistik Austria auch die materielle und soziale Deprivation, also die Entbehrung von bzw. den Mangel an bisher gewohnten Gegenständen oder Dienstleistungen. Demnach stellen

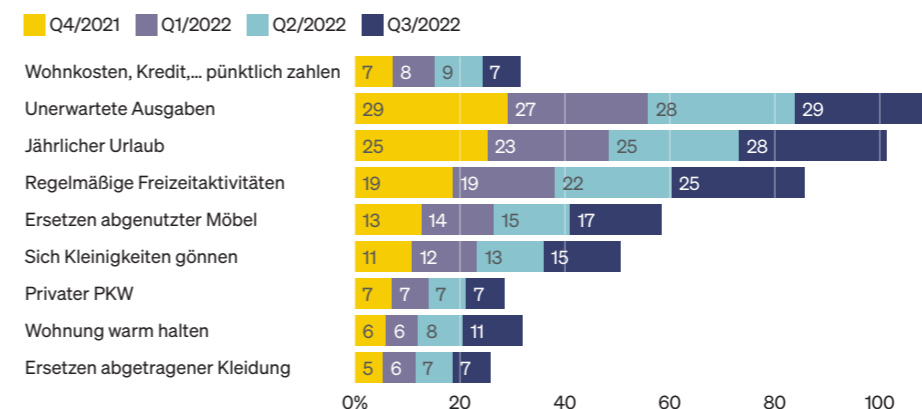
für 29 Prozent der Befragten unerwartete Ausgaben von 1.300 Euro ein Problem dar, während sich 28 Prozent keinen einwöchigen Urlaub leisten und 25 Prozent keinen regelmäßigen Freizeitaktivitäten nachgehen können. Für 15 Prozent ist es nicht möglich, sich einmal wöchentlich eine Kleinigkeit (wie Eis oder Kinobesuch) zu gönnen. Und sogar 11 Prozent können sich das Heizen der Wohnung nicht (mehr) leisten (BMSGPK, 2022, 21f.).

Abgesehen von in manchen Fällen sogar drastischen Folgen der Teuerung waren laut der „So geht's uns heute“-Befragung 7 Prozent von Zahlungsverzug

betroffen, d.h. nach eigenen Angaben konnten sie mindestens einmal nicht umgehend Fixkosten wie Miete, Wohnnebenkosten, Betriebskosten, Wohnkredit und Konsumentenkredit begleichen (BMSGPK 2022, 24). Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Wohnkosten für immer mehr Menschen in Österreich eine schwere finanzielle Belastung darstellen. Waren es noch 13 Prozent bei der im 1. Quartal 2022 durchgeführten Befragung, so empfanden im 3. Quartal bereits 22 Prozent der Befragten die Wohnungskosten als finanziell schwer belastend (BMSGPK 2022, 25).

EU-Indikatoren zur sozialen oder materiellen Deprivation

Statistik-Austria-Befragung von Menschen zwischen 16 und 69 Jahren



Angaben in Prozent. Statistik Austria Befragung im Quartal analysiert im Bericht: „So geht's uns heute“ (2022). Daten aus vier Quartalen zusammengetragen: Welle 1: Q4/2021, Welle 2: Q1/2022, Welle 3: Q2/2022, Welle 4: Q3/2022.

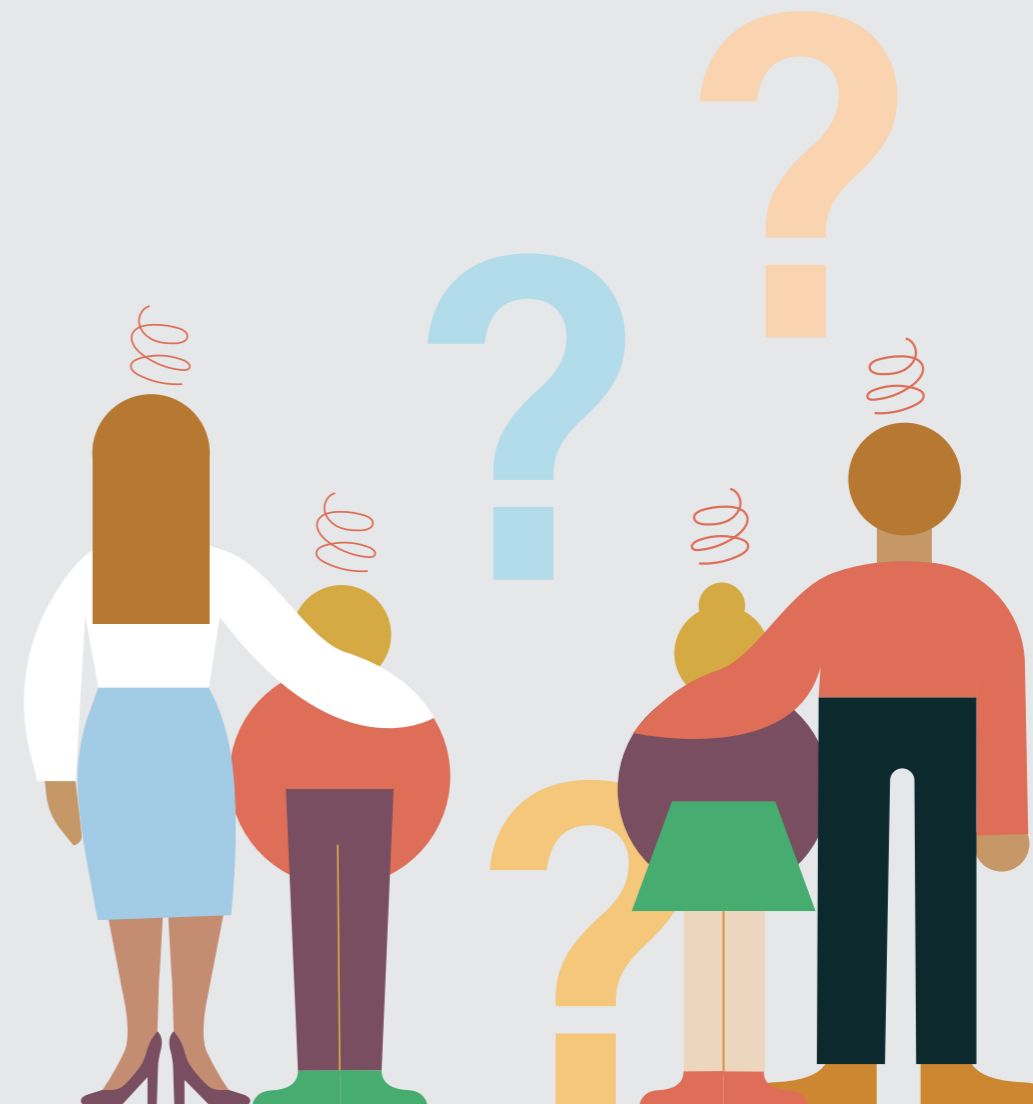
WARUM IST ÖSTERREICH IM INTERNATIONALEN VERGLEICH WENIGER RESILIENT?

Dass Eigentum durch eigene Leistung möglich ist, sagt mittlerweile nicht einmal mehr jede:r Fünfte. Mit 43 Prozent ist der Anteil an Personen, die Eigentumserwerb für nicht mehr möglich halten, so hoch wie noch nie. Aufgrund der kaum leistbaren Eigentumspreise stellt die Miete die häufigste Wohnform dar. Dementsprechend hoch ist daher die Belastung bei der Miete als Wohnform. Beim Vergleich zwischen der Belastung von Mieter:innen und jener von Eigentümer:innen sprachen 28 Prozent der Mieter:innen von einer hohen finanziellen Belastung, während dies bei 22 Prozent der Eigentümer:innen mit laufendem Wohnkredit der Fall war. Am geringsten fiel die finanzielle Belastung unter Eigentümer:innen ohne laufenden Wohnkredit aus. Allerdings verdoppelte sich unter ihnen der Anteil der finanziell belasteten Eigentümer:innen von 7 Prozent im 2. auf 15 Prozent im 3. Quartal 2022, und zwar aufgrund der insgesamt gestiegenen Wohnnebenkosten (BMSGPK 2022, 26).

Ähnlich gestaltet es sich mit den erwarteten Zahlungsschwierigkeiten. Unter den Befragten, die in Gemeindefamilienwohnungen wohnten, rechneten im 3. Quartal 2022 40 Prozent mit zukünftigen Zahlungsschwierigkeiten, damit um 10 Prozent mehr als noch im 2. Quartal. Bei Personen, die in Genossenschaftswohnungen wohnten, lag dieser Anteil bei 33, bei Mieter:innen anderer Wohnformen bei 37 Prozent. Unter den Eigentümer:innen war der Zukunftspessimismus wiederum vom Faktor Wohnkredit bestimmt. Unter jenen mit Wohnkredit befürchteten 32 Prozent zukünftige Zahlungsschwierigkeiten, der Anteil unter jenen ohne Wohnkredit lag vergleichsweise

niedrig, nämlich bei 20 Prozent. Insgesamt führten die empfindlich gestiegenen Wohnnebenkosten bei allen Wohnformen zu deutlichen Zukunftsängsten, die allerdings unter Eigentümer:innen am geringsten ausgeprägt waren (BMSGPK 2022, 27). Somit korreliert Zukunftsoptimismus mit Eigentum. Um Zukunftssorgen innerhalb der Mittelschicht zu minimieren und Systemvertrauen als wesentliche Voraussetzung für das eigene Freiheitsgefühl aufzubauen, sind mehrere ineinandergreifende Maßnahmen auf politischer Ebene notwendig.

ANGSTFREI AUS DER KRISE – 10 HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN



Wie die letzten Jahre gezeigt haben, kommt die Mitte in Österreich nicht aus dem Krisenmodus, sodass die multiple Dauerkrise bzw. dauerhafte Polykrise zu einer tiefen Vertrauenskrise geführt hat. Das alles führt zu besorgniserregenden Einschränkungen des Freiheitsgefühls. Freiheit bildet jedoch das Fundament einer liberalen und konsolidierten Demokratie, die einerseits bei jedem:r Einzelnen ansetzt und andererseits nur gemeinsam erreicht werden kann. Angstfrei sein geht daher nur gemeinsam mit einem Wir-Gefühl und sozialer Kohäsion, was umgekehrt individuelles Freiheitsgefühl fördert und zu höchster persönlicher Entfaltung führt, und zwar im gemeinsamen Austausch. Denn Demokratie in einer freien Gesellschaft sind wir alle, jeder und jede, sodass Sorgen- sowie Angstfreiheit und Selbstvertrauen genauso wie gegenseitiges, interpersonelles Vertrauen und schließlich Systemvertrauen die zentrale menschliche Grundlage dafür bilden; abgesehen von den institutionellen und strukturellen Voraussetzungen wie u.a. Menschenrechte und Gewaltenteilung.

Um das Vertrauen der Mitte, damit deren Optimismus, erweiterten Aktionsradius, bürgerliche Partizipation und schließlich das so wichtige Freiheitsgefühl – frei von Angst zu sein – gemeinsam wiederzuerlangen bzw. nachhaltig zu stärken, sind folgende Schritte notwendig:

Mentale Gesundheit/Mental Health kräftigen

Große Krisen drücken auf die Stimmung. In der Pandemie waren nun aber erstmals junge Erwachsene überproportional von einer Verschlechterung des psychischen Wohlbefindens betroffen. Österreich kann hier rasch von vielen Ländern in Europa lernen und zwei zentrale Reformen angehen: Die Plätze für psychotherapeutische Angebote massiv aufstocken und auch die kassenärztlichen Leistungen in diesem Bereich ausbauen. Aber es gilt auch, mehr Sensibilität für das Thema zu schaffen, von einer gesellschaftlichen Stigmatisierung wegzukommen und so die mentale Gesundheit insgesamt zu stärken.

Systemvertrauen wiederherstellen

Korruption ist schlichtweg Gift für die Demokratie, weil Korruptionsskandale das Systemvertrauen von Menschen grundlegend erschüttern. Und Misstrauen gedeiht vor allem dort, wo es an Informationen mangelt. Daher ist Transparenz so wichtig, nachdem in den letzten Jahren das Vertrauen der Mitte gegenüber Parlament und Regierung massiv erschüttert wurde, vor allem in Österreich und in jüngster Zeit sogar im Europaparlament in Brüssel. Was diesbezüglich eindeutig benötigt wird, ist eine klare, unmissverständliche Gesetzgebung (bis hin zur Abschaffung des Amtsgeheimnisses) und konsequente Umsetzung. Schließlich tragen Informationsfreiheit, gläserne Parteikassen und Transparenz über jeden eingesetzten Steuer-Euro dazu bei, dass nach Jahren des Vertrauensverlusts in die österreichische Politik wieder Boden gutgemacht wird. Eine wichtige Voraussetzung dafür, Mut zu fassen, sich zu engagieren und anzupacken.

Resilienz gegen die Teuerung stärken

Die Inflationsrate in Österreich hat im vergangenen Jahr Rekordwerte seit Ende des Zweiten Weltkriegs erreicht. So betrug sie allein im März 2023 9,2 Prozent, ein Plus von 0,5 Prozentpunkten gegenüber dem Vormonat. Zur Zeit der Erhebungen im Herbst 2022 lag sie etwa bei 11 Prozent. Dringend notwendig ist es daher, die Kaufkraft der Menschen zu stärken, indem die kalte Progression komplett abgeschafft wird. Seit Jänner ist sie zum Teil eingestellt worden. Eine zusätzliche Steuerentlastung ist höchst an der Zeit. Dabei geht es nicht um Preisdeckel für Energie und Miete, die die Preissteigerungen zusätzlich anheizen würden, sondern darum, Steuern und Lohnnebenkosten herunterzuschrauben. Zudem muss Österreich die Gasabhängigkeit von Russland durch den verstärkten Ausbau und Einsatz von erneuerbaren Energien deutlich reduzieren und mittel- bis langfristig völlig einstellen.

Leistung entlasten, um sich mehr leisten zu können

Leistung in Österreich muss sich wieder mehr lohnen. Das hat ein ehemaliger Bundeskanzler der Republik schon richtig erkannt, doch weitergegangen ist in den vergangenen Jahren viel zu wenig. Auch dafür gibt es schnell umsetzbare Rezepte. Entlasten ist vergleichsweise einfach: Eine Tarifreform, die um rund acht bis zwölf Milliarden Euro entlastet – so kommen wir in Österreich ungefähr auf die Abgabenlast der Niederlande – und die Abschaffung der kalten Progression als steuerpolitischen Jojo-Effekt. Doch darauf müssen auch Reformen folgen, die die Entlastungen auch mit entsprechend weniger Ausgabendynamik langfristig absichern.

Möglichkeiten für mehr Eigentum und Vermögen schaffen

Die Mitte der Gesellschaft zeichnet sich nicht zuletzt dadurch aus, sich oft genug den Traum vom Eigentum zu verwirklichen. In den allermeisten Gesellschaften ist Immobilienvermögen eine wichtige finanzielle Absicherung für das Alter. In Österreich ist der Zugang zum Eigentumserwerb gerade für junge Erwachsene zu einer immer größeren Herausforderung geworden: Stark gestiegene Preise und ein Steuersystem, das den Erwerb erschwert, haben dazu beigetragen, dass eine große Mehrheit in Österreich mittlerweile sagt: Mit eigener Leistung kann ich mir Eigentum nicht mehr aufbauen. Das kann sich eine liberale Demokratie mit einem gut ausgebauten Wohlfahrtsstaat eigentlich nicht leisten. Daher gibt es längst konkrete Vorschläge, um die Eigentumsbildung zu erleichtern. Einige erfordern, dass Bund, Länder und Gemeinden zusammenarbeiten, abgesehen davon kann aber jede politische Ebene etwas beitragen.

Kinderbetreuung und Kindergartenplätze ausbauen

Um Frauen wie Männern einen wirklich gleichberechtigten Alltag zu garantieren und der Teilzeitfalle ein Ende zu setzen, ist in ganz Österreich flächendeckende Ganztags-Kinderbetreuung nötig. Denn Teilzeitarbeit schafft kein existenzsicherndes Einkommen, sondern macht Frauen finanziell abhängig. Nicht selten landen Frauen in Altersarmut. Statt einer – insbesondere von Frauen – nolens volens gewählten Teilzeitbeschäftigung braucht es endlich zeitgemäße, flexible Arbeitszeit- und Karenzmodelle. Diese wären für Mütter und Väter gleichermaßen attraktiv, sodass Frauen gleichberechtigt und gleich bezahlt am Erwerbsleben teilnehmen können. Und zwar unter der Voraussetzung flächendeckender und qualitativ hochwertiger Ganztagskinderbetreuung – für die entsprechend gebildeten und erwerbstätigen Bürger:innen von morgen.

Selbstermächtigung durch Bildung erleichtern

Bildung spielt eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Schulen sind einerseits der Ort, sich formale Bildung anzueignen, andererseits der Raum für persönliche Begegnungen und Freundschaften. Als wichtiger Sozialisationsraum bereiten Schulen junge Menschen auf ihr zukünftiges Leben als mündige Bürger:innen und verantwortungsvolle Erwerbstätige vor, was allerdings in Österreich unter hohem finanziellem Aufwand nur mittelmäßig gelingt. Notwendig ist daher eine Bildungsreform, die Schulen (von der Volksschule bis zu verschiedenen höherbildenden Schulen wie auch Berufsschulen) für alle Gesellschaftsschichten gleichermaßen durchlässig und inklusiv gestaltet. Neben tatsächlicher Schulautonomie, Modernisierung von Lehrplänen, besserer Lehrer:innen-Ausbildung und größerer Wertschätzung dieses Berufs steht Entbürokratisierung wie auch evidenzbasierte Bildungspolitik an oberster Stelle, um durch qualitätsvolle Bildung (in Schule und Lehre) Mündigkeit, Selbstbestimmung und Selbstermächtigung gemeinsam zu erreichen.

Bürger:innen-Beteiligung und Partizipation gegen Stillstand vorantreiben

Das beste Mittel gegen Ohnmachtsgefühle und Stillstand ist die Schaffung von Räumen für selbstbestimmtes Handeln und politische Partizipation. Denn Demokratie besteht bekanntlich nicht allein aus regelmäßigen Urnengängen, sondern aus kontinuierlicher Bürger:innen-Beteiligung. Partizipation schafft auch Freiräume, in denen mitbestimmt wird, was für mündige sowie aktive Bürger:innen essenziell ist und zugleich die liberale Demokratie stärkt. Somit ist es wichtig, niederschwellige und gekonnt koordinierte Beteiligungsmöglichkeiten und -plattformen, onsite wie auch online, zu schaffen, um mithilfe partizipativer Demokratie gegen Stillstand sowie Ohnmacht vorzugehen und im Zuge dieser Dialog- und Interaktionsform das individuelle Freiheitsgefühl und damit verbunden Systemvertrauen wie auch letztlich repräsentative Demokratie nachhaltig zu stärken.

Wirtschaftswachstum gemeinsam mit Klimaschutz erreichen

Entgegen häufig kolportierter Darstellungen steht Wirtschaftswachstum per se nicht im Widerspruch zu Klimaschutz. Prosperität und Wohlstand bietet Menschen die Möglichkeit, aus prekären Verhältnissen und Armut auszubrechen. Wohlstand beruht zwar hauptsächlich auf Energie, allerdings nicht ausschließlich auf fossilen Brennstoffen. So gesehen ist die Energiequelle wirtschaftlich betrachtet egal, und ökologisch betrachtet vorzugsweise erneuerbar und nachhaltig. Mit dem Ausstieg aus dem Öl- und Gas-Sektor werden viele Arbeitsplätze verschwinden und durch neue Jobs im Bereich Green Economy ersetzt. Klimaschutz ist nicht von vornherein defizitär, zumal nicht alle Klimaschützer:innen automatisch der Degrowth-Bewegung angehören, die ein „Zurückfahren“ der Wirtschaft fordert. Letzten Endes ist der Gewinn aus einer nachhaltigen Klimawende deutlich profitabler als die verheerenden Folgen des sich bereits abzeichnenden Klimanotstands.

Offenen Dialog zur österreichischen Sicherheitspolitik führen

Der brutale russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und dabei auf die europäische Sicherheit sowie Demokratie zugleich hat in Europa die lauteste sicherheitspolitische Debatte seit dem Kalten Krieg ausgelöst. Eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik scheint dringender denn je. Stattdessen sind GSVP-Diskussionen auf europäischer Ebene weiterhin von innenpolitischen Impulsen der Mitgliedstaaten getrieben. Um das Ziel eines geopolitisch starken Europa zu erreichen, ist es Aufgabe jedes EU-Mitgliedstaats, dafür zu sorgen, unerwünschter Einflussnahme von Dritten keine Angriffsfläche zu bieten. Um dahingehend keine Schwachstelle zu sein, ist Österreich aufgerufen, einen offenen und ehrlichen Dialog über die nationale Sicherheit und die Rolle der Neutralität innerhalb Europas zu führen, und zwar zeitgemäß, fernab liebgegener Narrative und Mythen.

LITERATURVERZEICHNIS

AFP (2023): EU-Korruptionsskandal: Eva Kaili kommt aus Gefängnis in Hausarrest. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.04.2023.

In: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/eva-kaili-kommt-nach-vier-monaten-aus-gefaengnis-in-hausarrest-18816765.html> (zuletzt aufgerufen am 18.04.2023).

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz BMSGPK (Hg.) (2022):

So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im dritten Quartal 2022 – Schwerpunkt Wohlbefinden und Gesundheit. Ergebnisse einer Statistik-Austria-Befragung. Wien.

In: <https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:88520453-ef7f-4758-b3b5-54af17c071e8/BerichtW4%20Soziale%20Krisenfolgen%2020230119.pdf> (zuletzt aufgerufen am 30.03.2023).

Heinz Bude (2010): Quellen und Funktionen des Vertrauens. In: Heinz Bude/Karsten Fischer/Sebastian Huhnholz (Hg.): Vertrauen. Die Bedeutung von Vertrauensformen für das soziale Kapital unserer Gesellschaft. Bad Homburg v. d. Höhe: Herbert-Quandt-Stiftung, 10-15.

In: https://www.gsi.uni-muenchen.de/personen/wiss_mitarbeiter/huhnholz/download/vertrauen_sozialkapital.pdf (zuletzt aufgerufen am 28.03.2023).

Council of Europe (o.J.): 12 Principles of Good Governance. Good Governance – the responsible conduct of public affairs and management of public resources – is encapsulated in the Council of Europe 12 Principles of Good Governance.

In: <https://www.coe.int/en/web/good-governance/12-principles#> (zuletzt aufgerufen am 31.03.2023).

European Commission (2023): Winter Eurobarometer 2022–2023. Country Factsheet Austria. In: <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2872> (zuletzt aufgerufen am 05.04.2023).

Eurofound (2022): Fifth round of the Living, working and COVID-19 e-survey: living in a new era of uncertainty.

In: <https://doi.org/10.2806/190361> (zuletzt aufgerufen am 31.03.2023).

Dieter Feierabend (2022): Psychische Gesundheit in Pandemiezeiten – eine Standortbestimmung. Policy Brief. Wien: NEOS Lab.

In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/psychische-gesundheit-1> (zuletzt aufgerufen am 30.03.2023).

Dieter Feierabend/Silvia Nadjivan/Lukas Sustala

(2023): Sei keine Schwachstelle, Österreich! Europas Sicherheit in der Zeitenwende. NEOS Lab Policy Brief, unter Mitarbeit von Teresa Reiter.

In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/sicherheitspolitik-europa-oesterreich> (21.04.2023).

Karsten Fischer/Sebastian Huhnholz (2010): Vertrauen und Sozialkapital. Konturen einer politischen Debatte. In: Bude/Fischer/Huhnholz (Hg.): Vertrauen, 16–41.

Harald Glaser/Janine Heinz (2022): Freiheitsindex 2022. Wien: SORA – Institute for Social Research and Consulting.

Martin Hartmann (2020): Vertrauen. Die unsichtbare Macht. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag.

Niklas Luhmann (1973): Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. Stuttgart: Enke.

NEOS Team (2023): Das Freiheitsgefühl ist immer noch im Lockdown. In: NEOS NET, 10.01.2023. In: <https://www.neos.eu/programm/blog/das-freiheitsgefuehl-ist-immer-noch-im-lockdown#das-freiheitsgefuehl-sinkt-drastisch> (zuletzt aufgerufen am 18.04.2023).

OECD/European Union (2022): Health at a Glance. Europe 2022: State of Health in the EU Cycle. Paris: OECD Publishing.

In: <https://doi.org/10.1787/507433b0-en> (zuletzt aufgerufen am 23.03.2023).

Österreichischer Demokratie Monitor.

In: <https://www.demokratiemonitor.at/> (zuletzt aufgerufen am 30.03.2023).

Jakob Pflügl (2023): Absturz: Österreich fliegt im Korruptionsindex aus den Top 20. In: Der Standard, 31.01.2023.

In: <https://www.derstandard.at/story/2000143049648/absturz-oesterreich-fliegt-im-korruptionsindex-aus-den-top-20> (zuletzt aufgerufen am 30.03.2023).

DiePresse (2022): Demokratie-Index: Österreich hat Nachholbedarf bei Transparenz und Kontrolle. In: DiePresse, 24.11.2022.

In: <https://www.diepresse.com/6219659/demokratie-index-oesterreich-hat-nachholbedarf-bei-transparenz-und-kontrolle> (zuletzt aufgerufen am 31.03.2023).

Röhner, Lisa (2023): „Mangelndes Vertrauen ist auch hausgemacht“. In: Niederösterreichische Nachrichten (NÖN), 24.02.2023.

In: <https://www.noen.at/niederoesterreich/politik/polit-unzufriedenheit-mangelndes-vertrauen-in-politik-ist-auch-hausgemacht-oesterreich-nieder-oesterreich-print-katrin-praprotnik-meinungsforschung-thomas-hofer-politikverdrossenheit-355613008>. (zuletzt aufgerufen am 31.03.2023).

Stefan Schett (2022): Klima: Verzögern ist das neue Leugnen. In: Materie, 22.07.2023.

In: <https://materie.at/a/klima-verzoegern-ist-das-neue-leugnen/> (zuletzt aufgerufen am 18.04.2023).

SORA (2022a): Österreichischer Demokratiemonitor, 28.11.2022, PPT-Präsentation in PDF-Format.
In: https://www.demokratiemonitor.at/wp-content/uploads/2022/11/2022_SORA_Praesentation_Demokratiemonitor.pdf (zuletzt aufgerufen am 31.03.2023).

SORA (2022b): Nur mehr 34 % mit politischem System zufrieden. Österreichischer Demokratie Monitor 2022. News.
In: <https://www.sora.at/nc/news-presse/news/news-einzelansicht/news/nur-mehr-34-mit-politischem-system-zufrieden-1144.html> (zuletzt aufgerufen am 31.03.2023).

Transparency International (2022): European Map.
In: https://images.transparencycdn.org/images/CPI2022_Mapindex_EN.pdf (zuletzt aufgerufen am 30.03.2023).

Transparency International (2022): Global Map.
In: https://ti-austria.at/wp-content/uploads/2023/01/CPI2022_Mapindex_EN.pdf (zuletzt aufgerufen am 30.03.2023).

Transparency International Austria (2023):
Korruptionsindex Ergebnisse: Österreich fliegt aus den Top 20 und landet auf dem harten Boden der „Korruptions-Realität“! In: <https://ti-austria.at/2023/01/31/korruptionsindex-cpi-2022-ergebnisse/> (zuletzt aufgerufen am 30.03.2023).

Christian Ultsch (2023): Österreich ist verlassen, wenn es sich auf die Neutralität verlässt.
In: Die Presse, 20.04.2023.
In: https://www.diepresse.com/6278298/oesterreich-ist-verlassen-wenn-es-sich-auf-die-neutralitaet-verlaesst?utm_campaign=Wirtschaft&utm_medium=email&_hsmi=255642672&_hsenc=p2ANqtz-9aO-2djsaS6nhZv0PGY-vBsTp-oUKxQYvqMo9-mBYQJojQJES0CXo7zQ4PkL3a9YaKuzkYsmJKXddYJ4XJzX4vT-cpBA&utm_content=255642672&utm_source=hs_email (zuletzt aufgerufen am 21.04.2023).

Maren Urner (2019): Schluss mit dem täglichen Weltuntergang. Wie wir uns gegen die digitale Vermüllung unserer Gehirne wehren.
München: Droemer.

Maren Urner (2021): Raus aus der ewigen Dauerkrise. Mit dem Denken von morgen die Probleme von heute lösen. München: Droemer.

Maren Urner (o.J.): Homepage: Über Maren.
In: <https://maren-urner.com/ueber-maren> (zuletzt aufgerufen am 18.04.2023).



IMPRESSUM:

NEOS Lab

Das offene Labor für neue Politik

Neubaugasse 64–66

1070 Wien

Österreich